DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMO-KALENDER ➲ Seite 6

Axel Turck im DW-Interview: *Mittelständler stellen sich jetzt an die Seite des Volkes* ➲ Seiten 12 / 13.

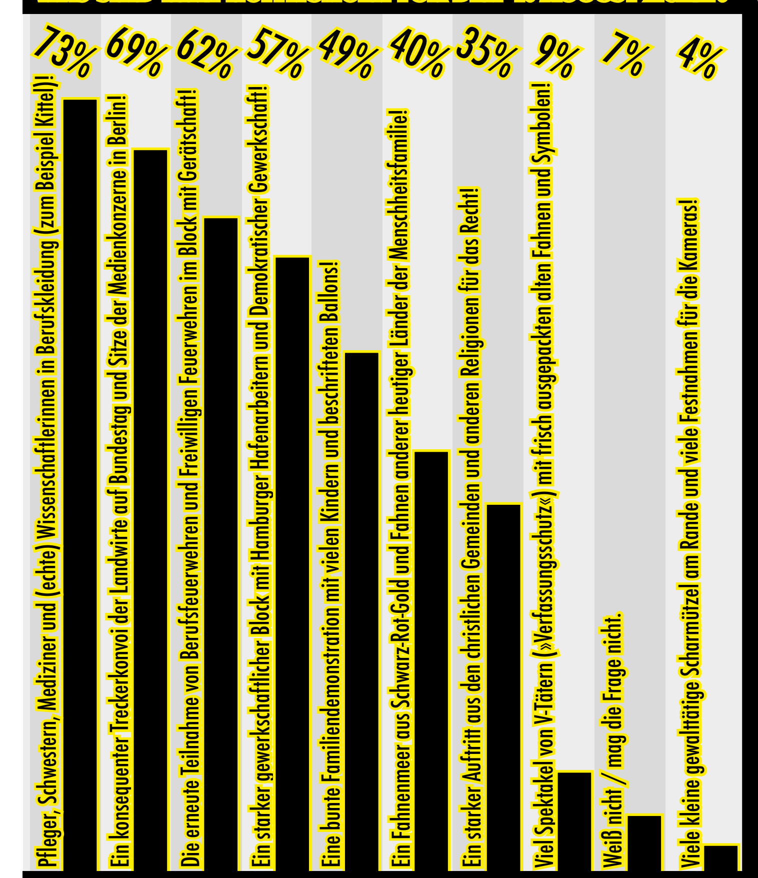
Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 98 ab Samstag 23. Juli 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler und 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



Titelcollage: DW/Anselm Lenz mit Material von Emil Turck/Ruptly(Streik in NRW)/WirsindViele.Berlin/apolut.net

WAS SIND IHRE HOFFNUNGEN FÜR DEN 1. AUGUST 2022?



DW-UMFRAGE • »Es soll ein Fest der gesamtdeutschen Demokratie werden: Am 1. August 2022 um 14 Uhr rund um den Bundestag fusionieren Demokratiebewegung und Montagsspaziergänger im Großformat. Was sind Ihre Hoffnungen für den 1. August 2022?« (Mehrfachantworten möglich.)

DW-Online-Umfrage mit 1.045 Stimmabgaben von 17. bis 20. Juli 2022.

HIER KOMMT DIE REVOLUTION!

Die Demokratiebewegung ist die zahlenmäßig größte, weitverbreitetste und am stärksten wachsende demokratische Erhebung, die es jemals in den Jahrhunderten der Geschichte gegeben hat. Nun lädt die Demokratiebewegung das ganze Land nach Berlin ein. Die Woche der Demokratie findet in Berlin von 30. Juli 2022 bis 6. August 2022 statt, so das Bündnis »Wir sind viele«.

Seit 28. März 2020 stellte die Demokratiebewegung ihren 5-Punkte-Plan auf (siehe Seite 15 dieser Ausgabe). Millionen Basisdemokraten überall in Deutschland stehen seitdem für diese Werte ein: Das demokratische Deutschland wird seine Revolutionen von 1848, 1919 und 1989 vollenden. Wer heute weniger fordert, muss schon begründen, warum.

Denn »Verschwörungstheoretiker« haben auf ganzer Linie recht – und nun kommen auch noch Hunderttausende »Impf«-Geschädigte hinzu, die von Pharmalobby, Regierungsmitgliedern und Konzernpresse systematisch getäuscht worden sind. Lügen plus Versorgungskrisen drohen, die Gesellschaft zu zerstören (Seite 10). Der Nato-Krieg gegen Russland in der Ukraine geht nicht gut (Seiten 4 und 11). Es ist Zeit für einen gründlichen Neuanfang. Kommentar und Programm ➲ Seite 7

#FreeBallweg

»Der größte Montagsspaziergang der Geschichte: Am 1. August 2022 vereinigen sich Demokratiebewegung und die Montagsspaziergänger in Berlin, 14 Uhr rund um unseren Bundestag.« Michael Ballweg kommt! ➲ Seite 4

Ein Herz für Querdenker

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 98. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

- Uli Gellermann mit Preis der Republik geehrt, Seite 2
- WDR-Philosoph Köhne rechnet mit Regime ab, Seite 2
- Burak Erbasi zur neuen Ernährungsdiktatur, Seite 3
- Florian Osrainik: Asoziale Weltkriegslobby!, Seite 4
- Aufrichtige Anwälte Haintz und Sattelmaier, Seite 5
- Polizisten für Aufklärung und das Grundgesetz, Seite 7
- Hannes Henkelmann auf Interview-Tour für DW, Seite 8
- Christen im Widerstand wehren den Anfängen, Seite 14
- Sport mit Berthold Seite 15 • Grundgesetz Seite 16

Linker Gentleman

Der Preis der Republik wird an Uli Gellermann vergeben.
LAUDATIO von Anselm Lenz



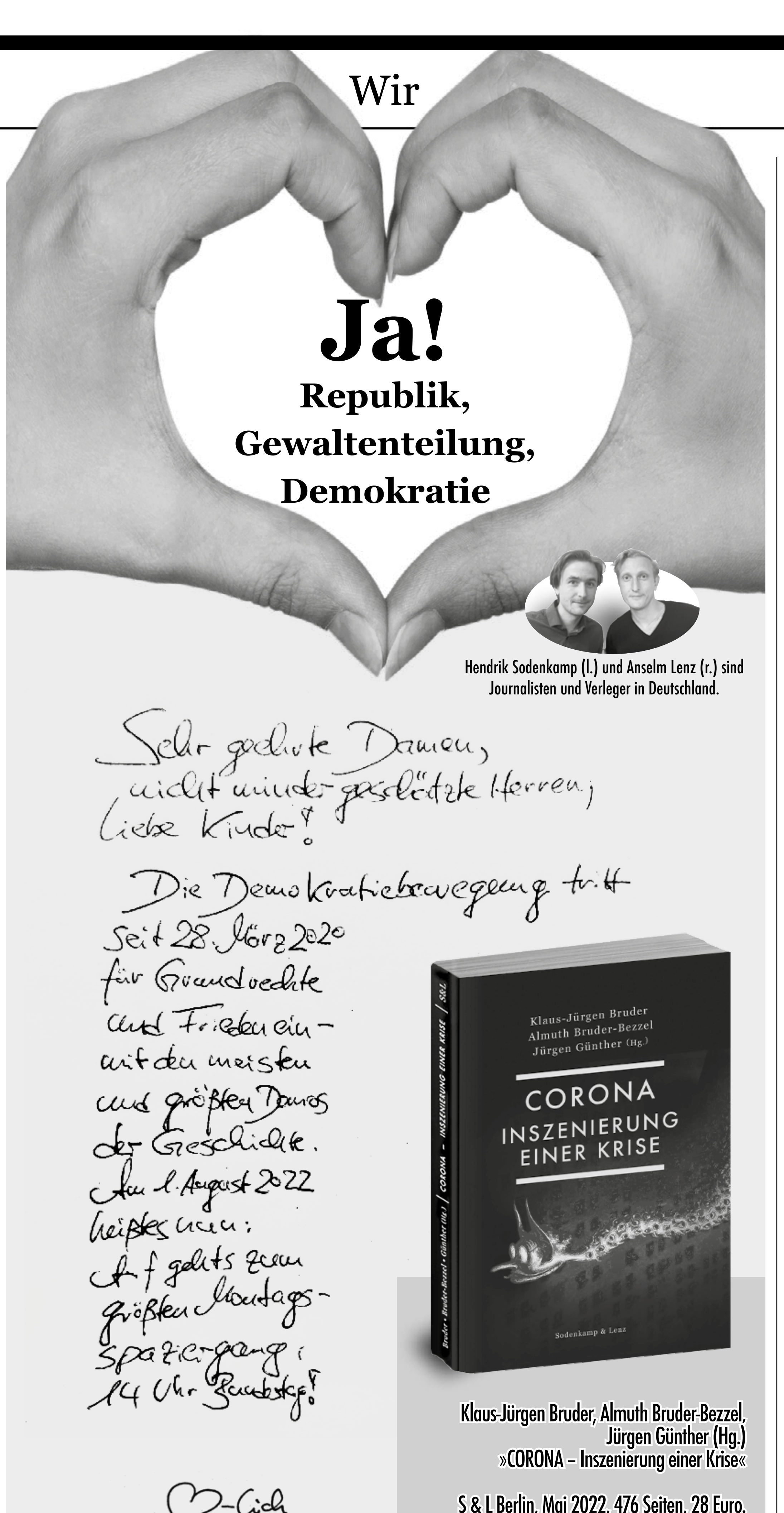

Man kann sein Werk fast nur unterschätzen. Eher Randnotiz: Er war der Erste vor der Volksbühne am 28. März 2020.

Propagandalügen wie in der Tagesschau aufdecken – das ist wohl das, wodurch er am bekanntesten geworden ist: »Die Macht um Acht« auf apolut.net ist ein absoluter Publikumserfolg. Mit seinem Medien- und Kulturkritikportal rationalgalerie.de greift der bekennende Demokrat immer wieder aktuelle Entwicklungen auf, analysiert sie und scheut sich nicht, Schlussfolgerungen zu ziehen. Allein dies adelt den Menschen heutzutage zum Verschwörungstheoretiker. Der linke *Gentleman* Gellermann geht mit dem gemeinen Volk auf die Straße, lässt sich für die Wahrheit auch alle Streicheleinheiten des *Mainstreams* absagen. Ein aufrichtiger Denker will und braucht diese nicht.

Gellermann hat eine lange Geschichte als Journalist, Autor, Filmemacher, Kreativdirektor und Politikberater. Wäre er körperlich und geistig weniger beweglich, müsste man Gellermann wohl als »Urgestein der Kritik« bezeichnen. Mit dem Preis der Republik, der derzeit angesehendsten Auszeichnung der deutschen Öffentlichkeit, wird nun jene Hochachtung offiziell, die er sich bei Millionen von Menschen ohnehin seit langem verdient hat.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Uli Gellermann. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Abkehr von der Erfahrung

EINWURF *von Werner Köhne*

»Ja, aber ...« – so punktet aktuell ein rhetorisches Argumentationsmuster. Bezogen auf das Corona-Narrativ besagt das: Auch wenn der Probant oder die Testperson schon drei oder vier Impfungen bekommen hat, kann er sich erneut mit dem Virus, zumal bei einer Unterart des Typs, infizieren.

Soweit bleibt man den Fakten und neu gewonnenen Einsichten treu. Dann aber tritt dieses »ja, aber« an die Front: Die Infektionsanfälligkeit sei zwar durch häufige Impfungen nicht nennenswert gesunken, »ja, aber« die Krankheitsverläufe bei vielfach Geimpften wiesen nicht mehr so einen schwerwiegenden Verlauf auf. Hinter dieser nie wirklich bewiesenen Behauptung versammelt sich inzwischen die Coronierten-Gemeinde – quasi wie einst die Nibelungen um Hagen von Tronje. Das diese Argumentationsschleife so gut funktioniert, liegt an zweierlei: Der Mensch neigt dazu, das Zweitschlimmste dem Schlimmsten vorzuziehen. Da zieht er dann eine leichte Grippe der schweren Grippe vor und – »gut is«.

Hinter diesem Verhaltensmuster verbirgt sich aber inzwischen eine Ahnung, die – in all ihrer Beklemmung – nicht geäußert werden darf, trotz ihrer Nähe zu sonstiger menschlicher Erfahrung: Die als notwendig ausgegebene vierte oder fünfte Impfung kann auf die Dauer gesehen das menschliche Immunsystem womöglich nachhaltig schädigen: durch Neutralisierung oder durch unverhoffte Effekte, die andere Krankheiten nach sich ziehen? Wer sich auch nur ein wenig in den Tiefen-Sound der Geschichte eingroovt, wird erkennen, das sich hier und heute eine Katastrophe anbahnt – dass so vielleicht gar der größte Sargnagel in den Seelenschrein unserer Menschheitshistorie geschlagen wird. Das »ja, aber«, um nun auf das Muster oben zurückzukommen, steht für eine dramatische Abkehr von Erfahrung und Erinnerung im Rahmen unserer Natur-, Körper- und Zivilisationsgeschichte. Dazu verleitet schon eine sprachliche Diktion, die selbst wir zuweilen übernehmen: Die Rede vom »Immun-System« begünstigt – gewollt oder ungewollt – eine Sprache des Abstrakt-Transhumanen, Nicht-Menschlichen. Womit wir Brechts These bestätigen: »Die Moderne ist in die Funktionale – heute auch in das Systemische gerutscht – und damit auf die schiefe Bahn.« Wohin werden wir geschleudert?

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

SIND »QUERESSER« BALD DIE NEUEN STAATSFEINDE?

Nach dem Hygiene-Faschismus könnte in Zukunft auch ein Ernährungsterror wüten. | Von Burak Erbasi

Der Krieg gegen unsere Freiheit und Selbstbestimmung ist lange nicht vorbei und wird noch unterschiedliche Formen annehmen. Um ungestört an ihrer neuen totalitären Weltordnung zu basteln, müssen die Herrschenden immer tiefer in die Trickkiste greifen. Nach Klimaangst, Hygiene-Faschismus und Kriegstreiberei könnte uns das Regime bald schon mit der Agenda der »solidarischen Ernährung« terrorisieren.

Mich als Veganer freut es jedes Mal, wenn ich beim Einkaufen auf neue vegane Produkte im Sortiment stoße. Vor allem der *Discounter* Lidl tut sich hierbei hervor. Von saftigen Burgerbratlingen aus Erbsenprotein und fleischlosen »Chicken Nuggets« bis hin zu Tiefkühl-Pizzen mit Ersatzkäse gibt es hier schon fast zu allen Tierprodukten eine genießbare Alternative. Vor allem in den Großstädten und Orten mit einer jungen Bevölkerung ist der vegane Trend am stärksten zu beobachten. Deutschland zählt laut Statistiken schon knapp zwei Millionen Veganer.

Die Gründe für eine pflanzliche Ernährung sind vielfältig und sehr individuell: Die einen möchten die Umwelt schonen, den anderen geht es um das Tierwohl, wieder andere wollen sich einfach basisch und gesund ernähren. Der ständige Konsum von Fleisch- und Milchprodukten schadet bekanntlich dem Körper: Bluthochdruck, Herzinfarkte, Fettleibigkeit, Lebensmittelvergiftungen, Krebs und so weiter sind bekannte Gefahren, die im Zusammenhang mit dem Tierkonsum stehen und hierzulande jährlich Hunderttausende von Todesopfern fordern.

Tatsächlich ist die flächenintensive Herstellung von Tierprodukten auch verheerend für unseren Planeten und verbraucht sogar mehr Antibiotika als die Humanmedizin. Die Tierzucht fördert somit immens die Entstehung von Antibiotika-resistenten Keimen, 1,2 Millionen Tote gehen weltweit auf deren Konto. Noch viel mehr Todesopfer fordert indirekt aber die gewaltige Vernichtung von Landflächen: Bodenversauerung, Regenwaldabholzung, Grundwasserverseuchung, Reduktion der Biodiversität und so weiter. Alles hängt zusammen.

FLEISCHESSER – DIE NEUEN RECHTSEXTREMEN

Corona-Maßnahmen-Befürworter rechtfertigen die Repressionen gegen die Zivilbevölkerung vor allem dadurch, dass die Gefahren des Virus nicht nur einen selbst betreffen, sondern auch andere Menschen, vor allem die sogenannten Risikogruppen. Ist angesichts der oben geschilderten Schäden durch den Tierkonsum nicht denkbar, dass der Staat, der seit 2020 im Namen der Volksgesundheit Amok läuft, bald auch unter dem Deckmantel des »Umweltschutzes« eine Offensive gegen unsere Grund- und Freiheitsrechte legitimieren könnte – und zwar dauerhaft?

Die *Great-Reset*-Agenda zielt darauf ab, die Existenzen der Bürger zu vernichten, die Menschen klein zu halten und ihre Anzahl zu reduzieren, um sie anschließend leichter in ihre neue Weltordnung überführen zu können. Mit der Doktrin der »solidarischen Ernährung« könnte das Regime neue Instrumente im Krieg gegen unseren Wohlstand und unsere Freiheit aus dem Hut zaubern. Neue Ausmaße in der Bevormundung der Bevölkerung durch den Staat sind denkbar. Den »Queressern« könnte man »legitimerweise« vorschreiben, was gegessen werden darf und was nicht.

Die moralinsauer twitternden Regime-Mitläufer würden dann in vorauseilendem Gehorsam lautstark gegen »Fleischbürger« hetzen, statt gegen »Reichsbürger«.

Um den Welthunger zu stoppen, müsse man den egoistischen Fleischkonsum verbieten, da die pflanzliche Ernährung weniger Fläche verbrauche. Bauern, die Fleisch- und Milchprodukte herstellen, könnten enteignet, ihre Betriebe in die Hände großer multinationaler Agrarkonzerne gegeben werden, die ja viel effizienter arbeiten.

Man stelle sich vor, was für Möglichkeiten sich auftun könnten für die globalistischen *Great-Reset*-Jünger, wenn die Lebensmittelversorgung monopolistisch konzentriert wäre. Gentherapie: statt mit mRNA-Spritze, in Zukunft mit Seitan-Burgerpatties?

Als Veganer freue ich mich natürlich über weniger Tierleid und Umweltvernichtung in der Welt, aber die Veränderung darf nicht auf Kosten unserer Freiheit erzwungen werden. Denn die vegane Agenda der Herrschenden hätte mit Umweltschutz und Solidarität genau so wenig zu tun, wie die Corona-Maßnahmen mit dem Gesundheitsschutz. Eine bessere Welt können wir nur durch mehr Liebe, Freiheit und Freiwilligkeit erreichen, nicht mit Bestrafung, Zwang oder der Herrschaft von Menschen über Menschen.



Burak Erbasi ist fester Chef vom Dienst in der DW-Redaktion und nebenbei freischaffender Künstler.



Demokratin wünscht sich eine Welt ohne den transhumanistischen Totalitarismus. Foto: Sandra Doornbos

MELDUNG

Bundesgesundheitsministerium
@BMG_Bund

Eine von 5000 Personen ist von einer schweren Nebenwirkung nach einer COVID19-#Impfung betroffen. Sollten Sie den Verdacht auf #Nebenwirkungen haben, holen Sie sich ärztliche Hilfe und melden Sie Ihre Symptome ans @PEI_Germany. nebenwirkungen.bund.de/nw/DE/home/hom...

Verdacht auf Nebenwirkungen durch die Corona-Schutzimpfung?

Wenden Sie sich an Ihre Ärztin oder Ihren Arzt und melden Sie Ihre Symptome dem Paul-Ehrlich-Institut mithilfe des COVID-19-Meldeformulars.

ALT

Foto: Twitter Screenshot

JETZT IST ES AMTLICH!

Bonn/DW. Das Bundesgesundheitsministerium hat am 20. Juli 2022 auf der Mikroblogging-Plattform Twitter einen Beitrag geteilt, in welchem es zum ersten Mal das katastrophale Ausmaß der Nebenwirkungen der Genspritze öffentlich zugibt. In der Nachricht ist jedoch ein Fehler enthalten: »Eine von 5.000 Personen ist von einer schweren Nebenwirkung nach einer Covid19-#Impfung betroffen«, heißt es in der offiziellen Mitteilung (siehe oben). In Wirklichkeit handelt es sich um ein Verhältnis von 1 zu 5.000 je Dosis. (ber)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	Ø 2016-19	2020	2021	2022
Jan.	86.964	84.980	106.579	88.407
Feb.	85.543	80.030	82.090	81.510
Mär.	90.112	87.396	81.798	92.622
Apr.	76.367	83.830	81.710	84.573
Mai	75.132	75.835	80.816	80.573
Jun.	70.411	72.159	76.726	
Jul.	74.016	73.795	76.600	
Aug.	73.650	78.742	76.334	
Sep.	69.790	74.243	77.758	
Okt.	75.523	79.781	84.850	
Nov.	75.569	85.989	93.524	
Dez.	82.570	108.329	102.396	
insgesamt	909.389	985.572	1.021.181	427.685

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG



Foto: Gemeinfrei

SAHRA WAGENKNECHT: ÜBERNIMMT SIE DIE BASIS?

Schwerin/DW. Gerüchte mehren sich, dass das einzige »Zugpferd« der Partei Die Linke (PdL), Sahra Wagenknecht, mit der »Liste Wagenknecht« der Partei Die Basis beitreten werde und diese gemeinsam mit Albrecht Müller, Sevim Dagdelem und Oskar Lafontaine leiten werde. Erste Reaktionen dazu aus der Partei Die Basis (PdB), die DW eingeholt hat, fielen erstaunt bis positiv aus. Die PdL hatte sich beim jüngsten Erfurter Parteitag entschlossen, nicht mehr die Interessen von Arbeiterstand und Mittelstand sowie Kriegsgegnern zu vertreten. Das Gerücht des spektakulären Parteiwechsels kam aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der PdB während der letzten Juniwoche auf. Zunächst hieß es aus dem Wagenknecht-Umfeld sowie vom Bundesvorstand der PdB, es gingen bereits »viele Anrufe« zu dem Thema ein.

Der Journalist und Buchautor Jürgen Elsässer (*Compact*) hatte zuletzt einen völligen Alleingang der Politikerin Wagenknecht angeregt, die vor der Bundestagswahl 2017 in Umfragen als beliebteste mögliche Bundeskanzlerin vor allen anderen Herausforderern gelegen hatte. (ale)



Osnabrücker Demokraten protestieren gegen die Kriegstreiberei der Nato. Foto: Sandra Doornbos

»Die Lasten des Krieges tragen immer andere.«

Drei Fragen, drei Antworten zum Ukraine-Konflikt.
INTERVIEW mit dem freien Journalisten Flo Osrainik

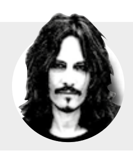
Wie bewerten Sie die Sanktionspolitik gegen Russland?
Flo Osrainik: Die Sanktionen des politischen Westens gegen Russland sind willkürlich und verlogen. Wirksam sind die Sanktionen aber auch. Allerdings negativ für die russophoben US-Lakaien der zentralistischen EU und eher positiv für diverse Branchen etwa in den USA, um für die abgesägten Russen einspringen zu können. Auch der Rubel steht heute so stark da wie schon ziemlich lange nicht mehr.

Die Lasten tragen in der Regel ohnehin immer ganz andere als die eigentlichen Verursacher und Profiteure von Kriegen und Konflikten. Im Ukraine-Krieg ist das nicht anders. Allerdings lassen sich auch und vor allem die Bürger in Deutschland von den blau-gelben Kampagnen und der Propaganda so sehr und wehrlos einlullen, dass es teilweise folgerichtig ist, wenn der Durchschnittsbürger dafür zahlen muss. Viele interessieren sich ja auch nur dann oberflächlich für Kriege und Kriegsopfer und prahlen mit Halbwissen, wenn es der *Mainstream* vorgibt, also zum Trend erklärt wird.

Sind Waffenlieferungen sinnvoll?
Seit wann sorgt noch mehr Kriegsgerät in Kriegszeiten denn für Frieden? Es führt zu Funkeln in den Augen des militärisch-industriellen Komplexes und einiger Parasiten, lässt die Kassen klingeln und bedeutet vor allem die Fortsetzung des Krieges, bis es früher oder später einen Sieger und einen Verlierer auf dem Schlachtfeld und besonders viel Leid in der Zivilbevölkerung gibt. Verständnis, Respekt und ein globaler Maßstab für alle, also Gerechtigkeit führen, wenn dann zu Frieden, sonst nichts.

Aber nichts davon hat der selbstgefällige Nato-Block der Russischen Föderation in den letzten Jahrzehnten entgegengebracht. Im Gegenteil: Schwer bewaffnet ist man Russland auf die Pelle gerückt, wobei man die imperialen Angriffskriege, Besatzungen und gesellschaftlichen Spaltungen etwa im Kosovo durch die Nato-Staaten, die meist Terror und Zerstörung wie in Libyen oder im Irak brachten, bewusst verdrängt.

Wird sich Europa durch die geflüchteten Ukrainer verändern?
Ich halte nichts von Pauschalisierungen oder der Kriminalisierung irgendwelcher Volksgruppen. Ukrainer wie Russen sowie die Angehörigen sämtlicher Nationalitäten und alle Staatenlosen sind für mich zunächst nur eines: Menschen. Punkt. Es ist logisch, dass ein Zuzug von Massen, egal woher oder wohin, sich bemerkbar macht. Hier wie dort. Und wie so oft kann das Vor- und Nachteile haben, wobei die Nachteile hier wohl überwiegen dürften, ohne auf Details einzugehen. Dafür kann der einzelne Mensch in der Regel aber nicht viel bis gar nichts. Schuld an den Zu- und Umständen ist die Politik, das globale System der Oligarchie, eben die machtbesessenen, skrupellosen und gierigen Herren und wenigen Damen an den Schalthebeln globaler Macht. Im Vorder- und besonders im Hintergrund. Wo die Zentren sind, ist ja nicht so schwer herauszufinden. Dagegen sollte sich der internationale und vereinte Volks- und Menschenzorn solidarisieren und entschlossen vorgehen, wenn man nicht weiter ausgenommen, entrechtet, beherrscht, unterdrückt und seiner Freiheit beraubt werden will. Ob in Deutschland, Europa oder sonst wo auf der Welt.



Flo Osrainik ist als freier Journalist und Autor tätig. Er ist Mitglied der DW-Redaktion »Krieg und Frieden«.

#FREE BALLWEG: DEMOHELD SEIT ÜBER DREI WOCHEN WIDERRECHTLICH IN HAFT

Stuttgart/DW. Der Anwalt Ralf Ludwig von der Menschenrechtsorganisation ZAAVV berichtet vom Helden der Demokratiebewegung, Michael Ballweg, der in Stuttgart-Stammheim in Untersuchungshaft festgehalten wird: »Drei Wochen sind eine lange Zeit. Es ist an der Zeit, dass die U-Haft beendet wird. Michael bleibt gefasst, bekommt jetzt täglich Besuch oder Anrufe von Anwälten. Aktuell macht das Anwaltsteam die Hausaufgaben der Staatsanwaltschaft. Nämlich ermitteln, was ihm überhaupt vorgeworfen wird. Sowohl der Haftrichter als auch die Staatsanwaltschaft werden erklären müssen, an welcher Stelle überhaupt ein Anfangsverdacht bestanden hat.

Es ist ein wenig wie mit den Coronamaßnahmen: Hat man erstmal damit begonnen und stellt fest, dass nichts dran ist, findet man den Ausweg nicht mehr. Alles passiert in der Hoffnung, dass es schon niemand merken wird. Es werden Menschen schwer beschädigt, Existenzen zerstört, nur damit andere ihr Gesicht nicht verlieren? Traurig macht mich auch die Gruppe derjenigen, die hämisch und mit Schadenfreude draufblicken. Ich kann keine Freude durch das Leid anderer empfinden. Ich werde auch keine Häme empfinden, wenn Michael unter Einstellung aller Vorwürfe demnächst entlassen wird, sondern Dankbarkeit, dass er mit der Situation so reflektiert umgehen kann, Trauer, dass unsere Gelellschaft ein solches Strafbedürfnis hat, und kämpferisch, alles dafür zu tun, dass Menschen lernen achtsam und empathisch miteinander umzugehen.« Es wird erwartet, dass Michael Ballweg am 1. August bei Großen Montagsspaziergang mit Stehenden Ovationen in Berlin begrüßt werden kann. (ale)

AUFSTAND AUF KOMMANDO

Langsam verstummen die letzten Ausläufer des jährlich aufs Neue weltweit begangenen, und marketing-technisch von Großkonzernen gekonnt in Szene gesetzten Pride Months (Stolz-Monat).

Die Regenbogenfahnen in den Städten werden zurückhaltender, während die Jugend, die laut nach »Liebe für alle« schreit, schon fast mit einem Selbstverständnis auf den nächsten Coup einer desolaten Regierung wartet, die keine Rebellion zu erwarten hat. Aufstand nur auf Kommando? Angesichts der letzten zwei Jahre, in denen die Jugend der »Generation Corona« einen Verlust nach dem anderen zu verschmerzen hatte, erscheint einem diese Lethargie immer wieder fast unheimlich. Je schriller das Äußere, desto leerer scheinen die Gesichter, desto stumpfsinniger die Unterhaltungen.

Eines bleibt dabei im Grunde immer gleich. Jeder junge Mensch sehnt sich nach Individualität, doch in selbem Maße auch nach Einheit. Jeder möchte ein Stück weit ein Weltverbesserer sein, und wünscht sich in einem sozialen Gefüge im besten Falle der besonders noble Charakter zu sein, der noch ein Stück mehr Toleranz für den anderen aufzubringen scheint – und dabei noch radikaler Positionen über Gleichheit und Akzeptanz vertritt.

Toleranz ist in einer fortschrittlichen Gesellschaft das Maß aller Dinge, keine Frage, und doch birgt sie unschätzbare Gefahren für die individuelle Freiheit eines jeden Einzelnen. Was sich gerade vor den Augen des kritischen Beobachters einmal mehr vollzieht, ist nichts anderes, als die uralte politische Strategie des »für das große Ganze«. Unter dem Deckmantel des Guten, wo das Böse nun mal das notwendige Mittel zum Zwecke darstellt, kann niemals eine bessere Zukunft geschaffen werden. Vielmehr bedeutet sie Umkehr einen fatalen Rückschritt, der Feuer mit Feuer bekämpfend, nichts als Asche zurücklassen wird. Bezahlen wird dies die Jugend, die unter Masken zum Schweigen gebracht wohl nie wirklich verstehen wird, was sie so bereitwillig aufgab.



Sejla Vie ist eine diplomierte Innenarchitektin und Studentin der Psychologie in Graz.

Der große Traum

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

In einer Woche, am 30. Juli, beginnt die Woche der Demokratie in Berlin. Ausnahmsweise schreibe ich Ihnen heute meinen Wunsch-Rückblick aus der Zukunft. Utopie nicht ausgeschlossen.

Millionen Menschen aus allen Teilen Deutschlands strömten nach Berlin, ob alt oder jung, groß oder klein – alle waren wieder vereint. Vereint in dem Wunsch, nicht mehr vom Staat drangsaliert und kleingehalten zu werden, nicht länger in Angst zu leben, gespalten und isoliert, sondern sich gemeinsam friedlich für ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermächtigen. Ohne Plan, aber mit dem Vertrauen in sich selbst, diese Krise als neue Chance für eine bessere Gesellschaft zu nutzen. Wieder frei zu sein.

WISSEN SIE NOCH,
WIE WIR GESCHICHTE SCHRIEBEN?

Die Wiese vorm Reichstag war überfüllt mit Menschen, die Sonne schien, ein leichter Wind wehte von Osten, einige trugen Hüte, einige saßen und ruhten auf bunten Decken, wiederum andere trugen Plakate mit Aufschriften wie: »Die Regierung muss weg!«, »Grundrechte sind unveräußerlich.« Immer mehr Menschen fluteten die Straßen der Stadt, der Verkehr im Regierungsviertel kam zum Erliegen, Gesänge von Freiheit und Frieden hallten durch die Gassen, Fahnen mit Friedenstauben wehten. Überall friedliche Menschen, auf ihrem Weg zur Freiheit. Kommt Ihnen das auch so bekannt vor? Klingt es nicht wie damals, am 1. August 2020, als wir alle Geschichte schrieben? Als wir es kaum glauben konnten, wie viele wir sind? Ich hatte Tränen in den Augen, als ich die Straße des 17. Juni erreichte und all die fröhlichen Menschen sah. Das war groß. Doch dieses Mal war es anders. Größer. Entschlossener. Kompromissloser.

Wie beschrieben war der Andrang bereits am ersten Tag gewaltig, Autos, Busse und überfüllte Bahnen brachten Hunderttausende nach Berlin, und es steigerte sich im Laufe der Zeit. Am zweiten Tag rückten die Bauern mit schwerem Gerät nach, blockierten Straßen, Regierungsgebäude, sammelten sich auf den Ringen der Stadt, um das Brandenburger Tor, um den Reichstag. Es ging nichts mehr in Berlin. Anfangs versuchte die Polizei noch den Zustrom der Menschen und Maschinen zu unterbinden, doch es waren einfach zu viele. Eine Ruhe der Entschiedenheit lag über allem.

Am dritten Tag schlossen sich die Uniformierten an, legten ihre Waffen ab und gingen Seite an Seite mit den Demonstranten. Aus den Fenstern jubelten die Menschen einander zu, sie lachten und wussten, dass es kein Zurück mehr gab. Jeder der konnte, kam zum Reichstag, brachte Essen und Getränke, fremde Menschen wurde Freunde, die Nacht wurde zum Tag. Die Medienanstalten konnten ihre Lügen nicht länger aufrechterhalten und sendeten die wahren Bilder des Geschehens – das lockte noch mehr Menschen in die Hauptstadt. Mut, Lebensmut, hatte die Angst verdrängt.



Ein Demokrat aus der Zukunft bestätigt den Sieg der Demokratiebewegung. Foto: Georgi Belickin

Nach Tagen der Belagerung – endlich – trat die Regierung zurück. Feuerwehr und Polizeiwagen verkündeten die frohe Botschaft über Lautsprecher, Menschen fielen einander in die Arme, lachten und weinten gleichzeitig. Es war geschehen. Das Unglaubliche. Das vereinte Volk ist unbesiegbar. Doch was kommt jetzt?

Jetzt ist die Zeit für uns alle, für jeden von uns. Lasst uns in kleinen Verbänden, Organisationen, Kommunen vernetzen. Lasst uns nicht wieder das Ruder aus der Hand reißen lassen – mit falschen Versprechen von falschen Predigern. Hört in Euch hinein: Eure innere Stimme. Bei manchen ist sie vielleicht verstummt, im Laufe der Jahre, der Anpassung, des Buckelns. Aber wenn Ihr wollt, dann lasst sie wieder aufleben. Jeder von uns weiß, was gut oder böse ist. Und auch jeder weiß, dass in unserem Land großes Unrecht im Namen des Guten geschah. Lasst uns groß träumen. Weiter. Denn wie sagte schon Goethe: »Träume keine kleinen Träume, denn sie haben keine Kraft.«



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Das sommerliche Zwischenfazit – Teil 1

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Eine mir selbst auferlegte Sommerpause führt erstmals seit fast zwei Jahren dazu, dass ich keinen aktuellen Fall aus einem deutschen Gerichtssaal kommentieren kann. Zeit also, ein Zwischenfazit zu ziehen.

Als ich am 9. September 2020 erstmals einen Strafrechtsfall mit Corona-Bezug in Berlin zu verhandeln hatte, dachte ich nicht im Traum daran, dass dies nur der Anfang eines denkwürdigen Marathons sein würde. Viele, viele Verfahren im gesamten Bundesgebiet sollten folgen. Und der Wind, der im Gerichtssaal herrscht, wenn ein Maßnahmen-Kritiker die heiligen Hallen betritt, wurde immer eisiger und rauer.

Dabei hatten beziehungsweise haben weit über 90 Prozent meiner Mandanten eines gemeinsam: Sie sind mit den Strafverfolgungsbehörden noch nie in Konflikt geraten und verhielten sich zum Teil mehrere Jahrzehnte vollkommen rechtskonform. Es wurden also im Zuge der Corona-Proteste Straftäter regelrecht »geschaffen«. Selbst kleinste Vergehen wie Tatbestände der Beleidigung, des Hausfriedensbruchs und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz wurden und werden mit aller Härte des Gesetzes verfolgt. Von den Ordnungswidrigkeiten einmal ganz zu schweigen. Alte Maßstäbe der Verhältnismäßigkeit scheinen nicht mehr zu gelten.

Zu Beginn waren es vor allem die Ordnungswidrigkeiten (OWi), die vor Gericht verhandelt wurden. Hierbei konnte ich feststellen, wie handwerklich schlecht die Corona-Verordnungen gemacht waren und wie schlampig zum Teil die Ermittlungen geführt wurden. Es war also ein Leichtes, hier erste Erfolge zu erzielen. Dann kamen die zahlreichen Straftaten mit versammlungsrechtlichem Bezug hinzu. Friedliche Demonstranten wurden bei dem geringsten Anfangsverdacht einer OWi dann zu Straftätern gemacht, in dem ihnen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen wurde. Ein Umstand, der alleine auf die unverhältnismäßige Beauflagung von Versammlungen zurückzuführen war. Denn seit dem Wegfall von Auflagen spielt dieser Tatbestand so gut wie keine Rolle mehr.

Aber auch hier konnten Erfolge erzielt werden, weil viele Beamte nicht damit rechneten, dass es zahlreiche Videodokumentationen gab, die den vermeintlichen Widerstand widerlegen konnten. Hinzu kamen die zum Teil grottenschlechten Kenntnisse des Versammlungsrechtes, was in vielen Fällen zur Rechtswidrigkeit von Maßnahmen und der Straflosigkeit von Widerstandshandlungen führte.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



PSY-OP DES REGIMES?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Ich habe kürzlich die Abonnenten meines Telegram-Kanals gefragt, wie viele von ihnen regelmäßig Twitter und Facebook zur Teilhabe an der politischen Willensbildung nutzen. Das Ergebnis war für mich ernüchternd. Lediglich sechs prozent nutzen beide Plattformen zu diesem Zweck.

Warum ist diese Frage wichtig? Viele von uns werden sich noch erinnern, dass vor allem im Jahr 2020 häufig dazu geraten wurde, die Big Tech-Plattformen um Facebook, Twitter, YouTube und Co. zu boykottieren, um diesen die Aufmerksamkeit und das Geld zu entziehen. War das eine sinnvolle Strategie? Ich denke nicht. Den Tech-Giganten wird es ziemlich egal sein, ob sie ein paar Prozent ihrer Nutzer verlieren.

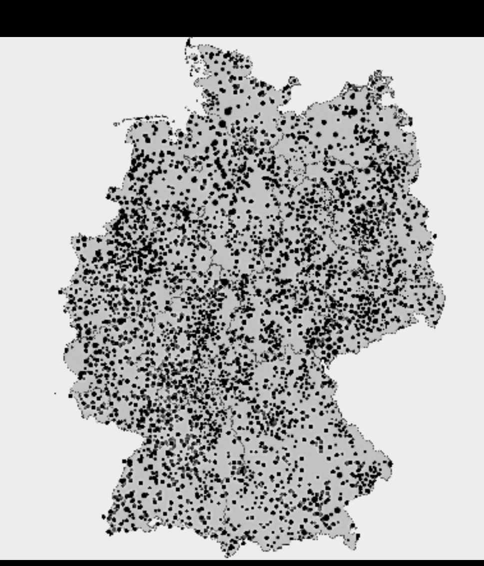
In der digitalen Wirtschaft ist die Kostenstruktur eines Unternehmens völlig anders, als in der Realwirtschaft, wo schon ein relativ kleiner Kundenverlust »weh tut«. Ob gerade bei Twitter die sonst übliche Gewinnmaximierung im Vordergrund steht, darf zudem bezweifelt werden. Twitter ist eher ein Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Nirgends sonst kann man so leicht mit Politikern und Medien direkt kommunizieren und wichtige Infos auch leicht international verbreiten.

Warum sollten wir uns als außerparlamentarische Opposition die Möglichkeit nehmen, Werkzeuge wie Twitter und Co. zu nutzen? Nutzt es uns oder dem Regime, wenn lediglich wir diese Plattformen boykottieren? Natürlich macht es Sinn, alternative Plattformen aufzubauen und zu fördern, vor allem für die private Kommunikation. Im Wettstreit um die öffentliche Meinung halte ich es aber für fatal, wenn man die besten Werkzeuge des Gegners nicht nutzt und sich nur in seiner eigenen Telegram-Blase bewegt. Telegram hat seine Berechtigung, da dort Informationen ausgetauscht werden können, welche Big Tech zensiert. Sämtliche Infos, die *Mainstream*-tauglich sind, sollten dort aber auch verteilt werden, um Menschen außerhalb der Blase zu erreichen, denn dort ist unsere Zielgruppe.

Es ist daher gut möglich, dass uns das Regime ganz gezielt im Rahmen einer Psy-Op (Psychologische Kriegsführung) dazu animiert hat, die bekannten Plattformen zu verlassen, damit wir dort keinen relevanten Einfluss mehr nehmen und bei Telegram, DLive und Co. unter uns sind.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG
ALTDÖBERN, 19 Uhr, Marktstr. 9 –ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – BAD LIEBENWERDA, BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche – EISENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ELSTERWERDA, 18:30 Uhr, am Markt – HALBERSTADT, 19 Uhr, Domplatz – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – HILDBURGSHAUSEN, 19 Uhr, an der Wacholderschänke – HOHENMÖLSEN, 18 Uhr, am Rathaus – IDSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KROFDORF-WETTENBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – MELSUNGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MICHELSTADT, 18 Uhr, auf dem Bienenmarktgelände – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSCHERSLEBEN, 18 Uhr, Marktplatz – OSTERBURG, 17 Uhr, am Bahnhof – SCHMALKALDEN, 19 Uhr, Altmartk – SONDERSHAUSEN, 18 Uhr, Innenstadt – STRALSUND, 18 Uhr, Olaf-Palme-Platz – WITTENBURG, 18:30 Uhr, auf dem Marktplatz – ZEULENRODA, 19 Uhr, Marktplatz – ZIEGENRÜCK, 19 Uhr, an der Bushaltestelle-Saalestr.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 23.7.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 23.7.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 23.7.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug
Sa, 23.7.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 23.7.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 23.7.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 23.7.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 23.7.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 23.7.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 23.7.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 24.7.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 24.7.2022 14-15 Uhr	Baden-Baden, SWR Ernst-Becker-Straße 1	Demo
So, 24.7.2022 17:30-20 Uhr	Ingolstadt, Rathausplatz	Demo
So, 24.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 24.7.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 25.7.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 25.7.2022 18:30-21 Ijr	Bretzfeld (Ba-Wü), Rathaus	Aufzug mit offenem Mikrophon
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 25.7.2022 18-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.7.202 18-20 Uhr	Frankfurt/Oder, Rathaus	Demo
Mo, 28.7.2022 18-20 Uhr	Freudenstadt, Stadtkirche	Mahnwache mit offenem Mikrophon
Mo, 25.7.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 25.7.2022 18-19 Uhr	Grasberg (N.sachsen), Gemeindehaus Speckmannstraße	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 25.7.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 25.7.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.7.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 25.7.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Mo, 25.7.2022 18-20 Uhr	Zülpich, Rathaus	Demo
Di, 26.7.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 26.7.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 26.7.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 26.7.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 26.7.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 27.7.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 27.7.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 27.7.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 27.7.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 27.7.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 27.7.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 27.7.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 27.7.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 28.7.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 28.7.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 28.7.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 28.7.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 28.7.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 28.7.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 29.7.2022 17-20 Uhr	Dresden, Postplatz	Demo
Fr, 29.7.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 30.7.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 30.7.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 30.7.2022 14-19 Uhr	Berlin, am Bundestag	Umzug
Sa, 30.7.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 30.7.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 30.7.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 30.7.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 30.7.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demo
Sa, 30.7.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der alten Synagoge	Fahrradkorso
Sa, 30.07.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 30.7.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 30.7.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 30.7.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 30.7.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 31.7.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug
So, 31.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 31.7.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Sa, 1.8-7.8.2022 14-20 Uhr	Berlin, am Bundestag	Umzug
Sa, 6.8.2022 14-22 Uhr	Berlin, Mauerpark	FRIEDENSFEST
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Solingen (NRW), Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 11.8.2022 15-18 Uhr	Stuttgart, SWR-Haus Neckarstraße 230	Demo
Mi, 17.8.2022 18-21:30 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 20.8.2022 13-15 Uhr	Düsseldorf, Burgplatz	Demoaufzug
Sa, 20.8.2022 13-19 Uhr	NÜRNBERG, KORNMARKT	DEMO
Fr, 9.9.2022 9-15 Uhr	Berlin, Platz der Republik	GROßDEMO
Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



NEUAUFLAGE DER BAUERNKRIEGE?

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Wird der »gemeine Mann« nach etwas mehr als 500 Jahren erneut aus ökonomischen Gründen revoltieren, um am Ende grundlegende Forderungen nach Menschenrechten zu erheben?

Das Epizentrum der wütenden Bewegung ist derzeit aber nicht der Südosten Deutschlands, sondern der Südwesten Europas: die Niederlande vorneweg, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, inzwischen auch Polen. Und die USA. Über 40.000 niederländische Bauern demonstrieren seit Anfang Juli gegen das »Brüsseler Nitratdiktat«, Tausende Traktoren stauen sich auf holländischen Straßen und Autobahnen und in fast allen Städten.

POPEYE LÄSST GRÜSSEN

Der deutsche Konsument der Systemmedien erhascht allenfalls Randnotizen der sich gewaltig entwickelnden Bewegung – und müsste doch so dringend über den EU-Unsinn informiert werden, der sich da zusammenbraut. Sichtbarer Auslöser war wohl die »Verordnung (EU1258/20211 der Kommission vom 2. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 bezüglich der Höchstgehalte für Lebensmittel«. Genauer: Es ging um den Nitratgehalt von Salat und Spinat, den ein spezielles EU-Gremium nach einer längeren Gefahren-Nutzen-Abwägung in einem »wissenschaftlichen Gutachten« zwar grundsätzlich als unproblematisch einstufte, aber: Bei Säuglingen und Kleinkindern könnte das ja anders sein.

Deshalb wurde eine zusätzliche Studie in Auftrag gegeben, die zwei Jahre später zu dem Schluss kam, dass die geltenden amtlichen Höchstgehalte »gesundheitlich insgesamt unbedenklich seien, obgleich eine Gefahr für Säuglinge, die mehr als einmal am Tag Spinat verzehren, nicht ganz ausgeschlossen werden« könne – mehr als 200 Gramm Spinat! Popeye lässt grüßen! Als Ergebnis dieser mehrjährigen höchst wissenschaftlichen Bürokratie-Orgie wurde den Mitgliedsstaaten schließlich eine Überwachungs- und Meldepflicht des Nitratgehalts von Gemüse an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) auferlegt.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

Die Woche der Demokratie ist erst der Anfang!

Ein KOMMENTAR von Sophia-Maria Antonulas



Foto: Dirk Wächter



»Wir sind Viele« ruft rund um den 1. August nach Berlin auf, um für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung auf die Straße zu gehen, sich für Meinungsfreiheit einzusetzen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, wie wir leben wollen.

Gute Ideen brauchen weder Druck noch Zwang, sondern heben plötzlich ganz von alleine ab. Es liegt an uns allen, sie zu entwickeln und umzusetzen. Immer größere Teile der Bevölkerung haben erkannt, dass sie mitbestimmen möchten, ja, dass sie ihre Interessen wieder selbst vertreten müssen. Sie wollen den rigiden, totalitären Fantasien der Staats-»Eliten« ganz andere Lösungen entgegenhalten – nämlich eine wirklich gerechtere, demokratischere und freiere Welt.

Dieser Traum von mehr Menschlichkeit kann nicht verwirklicht werden, wenn man den Bock zum Gärtner macht und genau diejenigen Konzerne, Organisationen und Regierungen, die die Welt immer wieder in den Zusammenbruch führen, mit ihrer Rettung betraut. Noch dazu wenn klar ist, dass es dieser »Elite« nicht um das Wohl aller geht, sondern vielmehr darum, die gesamte Weltbevölkerung zu kontrollieren und durch Angstmache in Schach zu halten. Denjenigen, die derzeit vorgeben, die Menschheit in eine bessere Welt führen zu wollen, fehlt dafür jede demokratische Legitimation, stattdessen sind sie nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht.

BEGINN 30. JULI 2022: DEMO FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT, ALS ABSCHLUSS DAS FRIEDENSFEST AM 6. AUGUST 2022

Der Umzug für Frieden und Freiheit bildet den Auftakt zur Woche der Demokratie: Start ist um 14 Uhr am Brandenburger Tor. Die Schlusskundgebung findet auf dem Rosa-Luxemburg-Platz statt, auf dem die Spaziergänge für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte am 28. März 2020 weltweit ihren Ursprung hatten.

Was ist mittel- und langfristig zu tun? Menschen schließen sich zusammen, gründen Bündnisse, Kooperativen, Organisationen, in denen sie sich analog austauschen und Lösungen für eine bessere Zukunft erarbeiten. Beim Friedensfest im Mauerpark, am Samstag dem 6. August, stellen sich einige dieser Initiativen vor.

1. AUGUST 2022: MEDIENMARSCH, MONTAGSSPAZIERGANG, GROSSKUNDGEBUNG

Vor zwei Jahren, am 1. August 2020, hatten Hunderttausende, wenn nicht gar über eine Million Demonstranten in Berlin Demokratiegeschichte geschrieben. Seither sehen immer mehr Menschen, dass jeder einzelne ein Recht darauf hat, selbst zu bestimmen, wie er leben will – und zwar im Hier und Jetzt und nicht erst ausgebrannt, desillusioniert, kaputt und krank irgendwann später im hart erarbeiteten »Ruhestand«.

Kreative und lösungsorientierte Menschen werden immer Wege und Mittel finden, ihre Träume in Taten umzusetzen. Es geht darum, diese Strategien zu verbreiten. Auch die Altmedien sollen dazu ihre Chance bekommen, und so beginnt in diesem Jahr der 1. August 2022 mit einem Medienmarsch. Treffpunkt ist um 14 Uhr am Brandenburger Tor. Der Umzug geht um 17:30 Uhr auf dem Gendarmenmarkt in einen vereinten Großen Montagsspaziergang über und führt schließlich zum Platz der Republik für die große Kundgebung.

Wir setzen gemeinsam einen Fuß vor den andern – hin zu einem menschlicherem Zusammenleben und -wirken – wie auch die Pflege und Feuerwehr bei ihrer Demonstration gegen den Impfzwang, am Mittwoch, 3. August 2022. Schließlich geht es um ein freies Leben, auch für die politischen Gefangenen: Dazu findet am Donnerstag, dem 4. August 2022, eine Mahnwache statt. Unsere Vorhaben brauchen Zeit, Ausdauer und Mut. Sicher gibt es unterschiedliche Ideen, wie die Unterdrükkung der Gesellschaften, die seit Jahrtausenden selbst über Revolutionen hinweg andauert, beendet oder zumindest eingedämmt werden kann.

Zur Woche der Demokratie werden diese Lösungen gemeinsam und von unten ausgehandelt.

Alle Termine zur Woche der Demokratie finden sich auch auf der Website wirsindviele.berlin

»KOMMT AM 1. AUGUST 2022 DIE REVOLUTION?«

Das Programm zur Woche der Demokratie. | BERICHT von Anselm Lenz

• Sa. 30. Juni 2022, 14 Uhr: Umzug für Frieden & Freiheit, Brandenburger Tor zum Rosa-Luxemburg-Platz • So. 31. Juli, 14 Uhr: Partei dieBasis Berlin Geburtstagsparty im Park • Mo. 1. August, 14 Uhr rund um den Bundestag: Der Große Montagsspaziergang, Medienmarsch und Montagsdemo durch Berlin mit gefeierter Fusion von Demokratiebewegung und Montagsspaziergängern • Di. 2. August, 14 Uhr: in Planung • Mi. 3. August, 14 Uhr: Demo Pflegepersonal, ab Bundestag • Do. 4. August, 14 Uhr: Freilassung politischer Gefangener • Fr. 5. August, 14 Uhr: Demo Studenten stehen auf • Sa. 06.08.: Friedens-Fest 2.0, im Mauerpark • 1. August bis 6. August: Demonstration, vor dem Bundestag. • 30. Juli bis 20. September: Friedenscamp Berlin, Nähe Kanzleramt.

So lauten bislang die Angaben des Bündnisses »Wir sind viele«, dem wir diesmal sogar die Ehre erwiesen, mit der Internetseite WirSindViele.Berlin auf der Kellerzeile des Titels abgedruckt zu stehen, wo sonst die legendäre Mutterorganisation der Demokratiebewegung NichtOhneUns.de ihren Platz hat. Soweit Ortsangaben von den Veranstaltern nicht gemacht wurden, reichen wir diese in der kommenden Ausgabe nach.

Ich bin der Ansicht, dass wird eine historische Woche! Die wichtigsten Termine sind in dieser Reihenfolge der 1. August 2022, 14 Uhr, rund um den Bundestag und zuvor der 30. Juli 2022, 14 Uhr, vom Bundestag zum Rosa-Luxemburg-Platz und vor die Volksbühne mit Bühnenprogramm. Selbstverständlich spielt das Stichwort #FreeBallweg an allen Tagen eine Rolle, aber der Donnerstag, 4. Juni wird den politischen Gefangenen des kriminellen Terrorregimes der Gegenwart und seiner knalldummen Mitläufer gelten.

Kommt am 1. August 2022 die Revolution? Ja! »20.000« Deutsche werden am 1. August 2022 in ihre Hauptstadt strömen, begleitet von Hunderttausenden bis Millionen weiteren aus unserem Land und aus ganz Europa und der Welt. Die Revolution beginnt an jenem Montag um 14 Uhr, rund um unser aller Bundestag.

Denn Montagsspaziergänger und Demokratiebewegung kommen zusammen und verbinden sich zum Großen Montagsspaziergang – klassisch Arbeiterstand und Mittelstand. Sie werden am Montag, 1. August 2022, über Standesgrenzen hinweg erstmals zusammenkommen, um gemeinsam die Regierung und die sie lenkenden Großkonzerne und Lobbies abzusetzen.

Die Demokratiebewegung wird die Montagsspaziergänger aus ganz Deutschland, insbesondere auch aus Sachsen, sehr willkommen heißen mit einem ganzen Wochenprogramm, das wache Demokratinnen und Demokraten für sie gemacht haben! Endlich raus aus Lüge und Unterdrückung! Die Große Woche der Demokratie beginnt schon am Samstag, 30. Juli mit einem Gang zum Rosa-Luxemburg-Platz, denn die eigene Freiheit ist die Freiheit der anders Denkenden.

Es wird eine der größten, wenn nicht die größte Demonstration der Demokratiebewegung für Frieden und Freiheit sein, in der sich alle Querdenkener, Montagsspaziergänger, Demokratiebewegten versammeln, schlichtweg alle revolutionären Demokratinnen und Demokraten. Deren Ziele sind seit 28. März 2020 glasklar, unbestechlich und in ihrem demokratischen Charakter nicht zu übertreffen. Doch mancheiner fordert, es müsse ein Parteiprogramm geben – was es mit solchen Forderungen wohl auf sich hat und in wessen Interesse sein verbreitet werden?

Die Demokratiebewegung ist keine Partei und es wäre völlig falsch, wenn sie versuchen würde, wie es Splitterparteien tun, ein einheitliches Weltbild vorzugeben, um das völlig korrupte Pfründe- und Parteiensystem damit in ein paar Jahrzehnten zu ergänzen – nein! Das geniale 5-Punkte-Programm der Demokratiebewegung besteht seit 28. März 2020 und hat die größte Unterstützung.

Der Fünf-Punkte-Plan seit 28. März 2020: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, Imperatives Mandat. 4. Volksentscheide in allen grundlegendsten Fragen. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.

Weil die Ziele der Demokratiebewegung so eindeutig, unbestechlich, unhintergehbar und gutherzig sind, ist es auch gleichgültig, ob irgendjemand fordert, dass sie besser nicht gefordert werden sollten. Man kann für eines der Ziele demonstrieren oder für alle Ziele. Weil ich auf die Straße gehe, zeige ich, dass ich mit der Regierungspolitik oder den Großkonzernen dringend nicht einverstanden bin.

Eine Demonstration gewährt den Regenten seit jeher eine letzte Chance, Misstände abzustellen. Ansonsten entsteht der Ursprung der Demokratie neu: Die Revolution, die Machtübernahme des Volkes gelingt gegen die Feudalherren, die ihren Stand verlieren und sogar mit ihrer Einkerkerung rechnen müssen! Das Volk schafft sich Vertretung und Regierungsgewalt und bildet in einer Demokratie auch die unterschiedliche Forderungen ab, die Aushandlung und Kompromiss gebracht werden.

»Es ist an der Zeit, die partizipative Demokratie zu erobern«

oder: Was es heißt, ein Bürger zu sein und so zu handeln. | Von Hannes Henkelmann

Auf dem Place de la Bastille in Paris treffe ich den belgischen Aktivisten Barbe-Jaune. Am Rande des Protests der Gelbwesten sprechen wir über Gewerkschaften und die Vaterschaft, sowie über das Kollektiv und Kriegsgewinnler.

Stellen Sie sich doch bitte vor!
Meine persönlichen Daten behandele ich diskret. Das ist keine Koketterie, aber wenn man sich im sozialen Kampf befindet, weiß man nie, was die Zeit mit sich bringt. Deshalb möchte ich nur folgendes preisgeben: Mein Spitzname ist »Barbe-Jaune«. Das bedeutet soviel wie »Gelbbart«. Ich bin 53 Jahre alt, LKW-Fahrer, lebe in Brüssel und habe einen 14-jährigen Sohn.

Sie waren in Frankfurt auf der »Europeans United«-Demo und auch in Hamburg auf einer Kundgebung. Was treibt Sie an?
Ich bin Aktivist, weil ich Vater bin. Denn Vater zu sein, bedeutet nicht nur für einen vollen Kühlschrank und ein Dach über dem Kopf zu sorgen und sein Kind zu lieben, damit es in Ruhe aufwachsen kann, für mich ist es viel mehr. Jeder Vater sollte mit so viel Weitsicht wie möglich handeln und um das Wohlergehen seiner Kinder und natürlich auch das aller Mitbürger kämpfen. Momentan ist die Zukunft für das Individuum und das Kollektiv in großer Gefahr. Wenn wir nicht aufpassen, droht uns die Hölle auf Erden. Man kann sie bereits riechen und sehen. Doch mit der Bewegung der Gelbwesten haben wir das beste Instrument, um das Unheil zu verhindern. Ich bin wirklich sehr froh, Teil dieser Bewegung zu sein.

Warum ist der Widerstand auf der Straße so wichtig?
Ich habe sowohl als Bürger, als auch als Gewerkschaftler an vielen Demonstrationen teilgenommen. Eine Demo darf aber nicht, wie die Machthaber uns glauben machen wollen, als ein Theater der Emotionen, eine Art Ventil für frustrierte Menschen oder eine ewig verpasste Revolution gesehen werden. Sie ist vor allem ein Weg für die Bevölkerung, ihre Ideen, ihre Ideale, ihre Ziele, ihren Willen auszudrücken. Und diese Freiheit der Meinungsäußerung ist in einer funktionierenden Demokratie sehr wichtig und in der Geschichte selten. Es ist eine große Errungenschaft der Menschheit gegen alle Autokraten. Wir müssen sie nutzen, sonst nutzt sie sich ab. Sie verblasst nämlich sehr schnell.



Der belgische Demokrat Barbe-Jaune will nichts weniger als die Revolution.
Foto: Hannes Henkelmann

Die Gelbwesten protestieren, die Regierung versucht die Aktionen zu verhindern. Das allein zeigt, dass unsere Bevölkerung, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung zu verlieren droht. Die Demonstrationen sind aber umso mächtiger, je mehr sie sich für die Interessen der Bürger einsetzen. Es ist jetzt an der Zeit, die direkte Demokratie, die partizipative Demokratie, zu erobern.

Wie steht es sonst um die Gelbwesten in Belgien?
Jeder in Belgien kennt diese Bewegung. Sie hat es zu einer gewissen Berühmtheit gebracht. Aber wir sind wirklich wenige Leute, die sie mit Leben füllen. Das ist schon ein Paradoxon. Wir wollen Steuergerechtigkeit, Lohngerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und einen fairen, ökologischen Übergang. Wer will das nicht? Aber ein Gelbwestler ist ein Bürger, dem offensichtlich mehr als anderen bewusst ist, ein Bürger zu sein und so zu handeln.

Wie sind Sie mit Corona-Maßnahmen zurechtgekommen?
Ich habe alles abgelehnt: die Maske, die Injektion, den Befehl, zu Hause zu bleiben, sich nicht zu küssen, sich voneinander fernzuhalten, Angst zu haben. Ich habe alles abgelehnt. Als Arbeiter im Transportwesen für Supermärkte konnte ich mich überall frei bewegen, also *spielte* ich damit und schloss mich nie ein. Alle Maßnahmen wurden von der Regierung diktiert, die sich ausschließlich auf einige ausgewählte *Experten* berief, die gezielt nach ihrer Meinung ausgewählt wurden. Nichts wurde nach einer kontroversen, demokratischen Debatte entschieden. Die Tatsache, dass andere Fachleute, die die Maßnahmen kritisierten, karikaturistisch zensiert oder verunglimpft wurden, machte den Irrsinn des Regierungskurses offensichtlich. Als ich mich näher mit der Sache befasste, wurde mir schnell klar, dass die Regierung irrational und autoritär agiert.

Jetzt haben wir den Ukraine-Konflikt und die Sanktionen gegen Russland? Wie ist Ihre wirtschaftliche Situation?
Als Arbeiter bekomme ich einen durchschnittlichen Lohn, aber mit dem Anstieg der Preise wird es immer schwieriger. Die Ukraine ist ein Vorwand für viele Spekulanten in allen Bereichen, um ihre Preise zu erhöhen, die nichts mit der Situation in der Ukraine zu tun haben.

Wie sieht es mit der Perspektive für Ihr Unternehmen aus?
Ich arbeite für ein großes Unternehmen, das Waren für die Supermärkte in Belgien transportiert. Sowohl Supermärkte als auch Spedition verdienen zurzeit gutes Geld. Sie sind eine Art Kriegsgewinnler. Ich möchte dazu beitragen, dass das alles eines Tages in Genossenschaften umgewandelt wird. Die bevorstehende Gründung einer Gewerkschaft der Gelbwesten in Belgien wäre ein Schritt in diese Richtung.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

GEGEN ABTREIBUNG

Sehr geehrte Redaktion! Letzten Samstag (25. Juni 2022) bin ich in Frankfurt auf ihre Zeitung aufmerksam geworden. Heute durfte ich in Würzburg erneut ein Exemplar erhalten. Vielleicht ist es die beste Zeitung, die es überhaupt noch gibt.

Doch einen Leserbrief zu »Freiheit statt Blumen« N°95 finde ich sehr schlimm. Da es in diesem Leserbrief um das Thema Abtreibung geht, ist einfach zu sagen: je kleiner und hilfloser ein Mensch ist, desto mehr Schutz benötigt er. Die Ungeborenen sind die hilflosesten Menschen und brauchen den größten Schutz und dürfen absolut nicht getötet werden. Ist euch schon aufgefallen, dass es einen Zusammenhang zwischen Corona-Infektion und Abtreibung geben muss? Denn fast alle Impfbefürworter sind auch für Abtreibung, so auch Bill Gates, Klaus Schwab, die Weltgesundheitsorganisation und so weiter. Es muss einen psychologischen Zusammenhang geben, den der Schreiber des Leserbriefs (obwohl Psychologe) nicht erkennt.

Ich kämpfe gegen beides, aber auch gegen Solar- und Windkraftanlagen, gegen H.A.A.R.P, gegen den Transhumanismus, gegen die Bargeldabschaffung, gegen Waffenlieferungen, überhaupt gegen Naturzerstörung. Die Impfaktionen und die Test- und Maskenzwänge und die Förderung von Abtreibungen entstammen dem gleichen Ungeist, dem gleichen Denken, der gleichen Diktatur. Glaubhaft im Widerstand sind nur die, die auch gegen Abtreibung ihre Stimme erheben. In diesem Sinne wünsche ich euch das Beste. Herzlichen Gruß.
– Oskar S.

UNBEDINGT ANSCHAUEN!

Liebe Redakteure, eure Zeitung war wieder sehr gut. Macht weiter so! Ich empfehle euch auch die Doppel-DVD vom Kopp Verlag: Prof. Dr. Sucharit Bakhdi: Ignoriert – unterdrückt – diffamiert. Er erklärt die Wirkweise der mRNA-Impfstoffe allgemeinverständlich. Mit dem Kauf unterstützt man den Verein MWGFD und damit die Arbeit von Bakhdi und Prof. Dr. Arne Burkhardt (Pathologe). – Karin H



AUF DEM SCHIRM
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Es ist Fünf nach Zwölf im Krankenhaus

Pfleger, Stationsärzte, Radiologen sind in Nordrhein-Westfalen und in Marburg in einen unbefristeten Streik getreten. Sie wollen ein sofortiges Ende des Privatisierungs-Wahnsinns. | Von Hermann Ploppa

»Meine Kollegin hatte einen sauerstoffpflichtigen Patienten zur Radiologie gebracht. Die Röntgenabteilung war, genau wie wir schlecht besetzt. Nach seiner Untersuchung musste der Patient drei Stunden auf seine Abholung warten. Er verstarb unbemerkt aufgrund von Sauerstoffmangel, weil kein Personal da war, welches bemerkt hatte, dass seine Sauerstoffflasche leergelaufen war.«

Das Zitat stammt nicht aus einem dystopischen Film. Das ist Realität im deutschen Krankenhaus des Jahres 2022. Oder: »Nach fünf Stunden wird die Patientin in ihrem eigenen Urin und Stuhlgang liegend in den Operations-Bereich gefahren. Wie würdelos kann Krankenhaus bitte sein!« Gute Frage. Sie wird gestellt von den daran Beteiligten selbst. Nämlich den Krankenschwestern, Pflegern oder medizinisch-technischen Assistenten. Sie wollen nicht länger sich und den Patienten diesen Irrsinn antun. Darum streiken die Beschäftigten an den sechs Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen jetzt schon geschlagene drei Monate. Die Presse ist sich zu fein, darüber zu berichten. Doch die Gesundheitsarbeiter lassen sich nicht das Maul verbieten und suchen die Öffentlichkeit.

Sie haben das »Schwarzbuch Krankenhaus« veröffentlicht, aus dem die oben zitierten Originaltöne stammen. Darin sind zum Teil schockierende Erfahrungsberichte der beteiligten Klinikbeschäftigten dokumentiert. Anfang Juli wurden in der Kölner Agneskirche Passagen aus dem Schwarzbuch vorgetragen. Deutlicher geht es nicht: Es ist in den Krankenhäusern schon lange fünf nach zwölf. Der funktionale Zusammenbruch hat in Deutschlands Krankenhäusern bereits stattgefunden. Natürlich nicht in noblen Spezialkliniken. Aber hier in den Allgemeinkrankenhäusern, wo die Krankheiten des normalen Volkes behandelt werden.

Die Verweildauer ist nur kurz in den Gesundheitsberufen. Denn 40 Prozent aller Pfleger erwägen ernsthaft den Berufswechsel. Bei 300.000 ehemaligen Pflegern folgte der inneren Kündigung schon vor Jahren die äußere Kündigung. Doch können sich diese, wie eine Umfrage ergab, durchaus vorstellen, wieder in den pflegenden Beruf zurückzukehren. Wenn nämlich nur die Arbeitsbedingungen stimmen würden. Doch das tun sie nicht. Und für Neueinsteiger in die Pflege ist der Praxisschock traumatisch: »Ich habe dem Patienten also von draußen beim Sterben zugeguckt – weil einfach zu wenig Personal da war, um ihn in seinen letzten Lebensminuten zu begleiten«, so eine Erfahrung aus dem Schwarzbuch Krankenhaus. Oder an anderem Ort: »Kein Kreißsaal war frei. Nur der eine Saal mit einem völlig blutverschmierten Kreißbett war nicht belegt. Das rief ich den Ärzten zu. Die Antwort: ›Wirf einfach ein Laken drüber‹. Die Patientin wurde auf das Kreißbett ›manövriert‹«.

PFLEGEBERUFE WURDEN UNATTRAKTIV GEMACHT

Hier reden zwei Parteien munter aneinander vorbei. Die Pfleger: Wir wollen wie Menschen behandelt werden und unsere Patienten sicher und verantwortungsvoll und mit Liebe betreuen. Die Arbeitgeber, also die Manager der sechs Unikliniken: Leute, das kostet entschieden zu viel Geld! Das müssen dann die Beiträger der gesetzlichen Krankenkassen bezahlen. Das soll einen Keil zwischen die Gesundheitsarbeiter und ihre schutzbefohlenen potentiellen Patienten treiben. Keine Frage: die Arbeitgeber halten an ihrem Kurs, um jeden Preis kostendämpfend arbeiten zu wollen, unerbittlich fest.

Das hat System. Seit der deutschen Wiedervereinigung werden die Krankenhäuser zunehmend einem unerbittlichen Rentabilitätsdruck ausgeliefert. Besonders die Fallpauschale ist darauf angelegt, kleinere Krankenhäuser in den finanziellen Ruin zu treiben. Früher waren die Krankenhäuser Teil der allgemeinen Grundversorgung. Das musste ausgeführt werden, egal wie teuer das war. Doch gab es im Jahre 1991 noch 2.400 Krankenhäuser, so sind es aktuell nur noch 1.903. Von 1991 bis 2020 schrumpfte die Bettenzahl von 660.000 auf 487.800. Gleichzeitig jedoch hat sich die Patientenzahl deutlich erhöht. Diese Quadratur des Kreises schafft man natürlich nur durch Verkürzung der Verweildauer im Krankenhaus. 1992 blieb der Patient durchschnittlich 13,3 Tage im Krankenhaus – aktuell sind es nur noch 7,2 Tage.

KRANKENHAUSSTERBEN HAT SYSTEM

Und während die Öffentlichkeit gebannt auf Lauterbachs bizarre Verheißungen einer erneuten Maskenpflicht in Innenräumen schaut, hat eben dieser Lauterbach heimlich still und leise eine Expertengruppe einberufen zum Zwecke einer »Krankenhausstrukturreform«. Hier haben Prediger von weiteren irrwitzigen Krankenhausschließungen das Wort, jedoch kein Befürworter des Gemeinwohls. Auch hier schwingt das Mantra der Bertelsmann-Stiftung nach: Ideal ist für die Zukunft eine Zahl von 600 verbleibenden Mega-Kliniken. Die Politik will das Sterben kleiner, menschlich überschaubarer Krankenhäuser. Und den Rückzug aus der unrentablen Fläche. *Mergers and Acquisitions* (Fusionen etc.) auch hier: massenhaft sind Fusionen kleinerer Krankenhäuser geplant. Die Zukunft liegt in großen Wurstfabriken im spröden Outfit profitabler Privatkliniken.

Der Mensch ist in diesem Gebilde nur eine zu vernachlässigende Größe. Ein Krankenhausmanager berichtet anonym, wie er wegen der Rendite einem Privatpatienten, der nur zur Routineuntersuchung zum MRT kommen soll, den Vorzug bei der Terminvergabe gewährt – zu Ungunsten eines Kassenpatienten, der die MRT dringend benötigt, um feststellen zu können, ob er an einer tödlichen Krankheit leidet. Das Prinzip der Triage als allgemeine Selektion ist in deutschen Profitkrankenhäusern längst die Norm.

Die streikenden Gesundheitsarbeiter – es sind neben den Pflegern zudem auch Beschäftigte für: therapeutische Berufe, Ambulanzpersonal, Funktionsdienste, Servicekräfte, Transportdienste, Lager- und Logistikpersonal sowie Verwaltungsberufe – halten durch. Sie wissen auch, dass sie bestenfalls eine Kompensation für ihre geleistete Mehrarbeit im ersten Anlauf erwarten können. Doch ist hier bundesweit ein Zeichen gesetzt. Auch an der fusionierten Universitätsklinik für Marburg und Gießen (UKGM) wird gerade gestreikt. Die Streikenden arbeiten an der ersten und bislang einzigen voll privatisierten Universitätsklinik in Deutschland. Sie kämpfen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Garantien zur Übernahme von Auszubildenden. Soweit ist es gekommen. 2005 ging die bislang öffentliche UKGM für 112 Millionen Euro über den Ladentisch. Die Inhaber des privaten Krankenhauskonzerns Rhön-Klinikum (damals im Aufsichtsrat: ein gewisser Karl Lauterbach) haben aus dem Klinikum in Mittelhessen zwischen 2015 und 2019 satte 278,2 Millionen Euro Dividende entnommen und zehn Millionen Euro auf die Aufsichtsratsmitglieder regnen lassen.

RIESENPROFITE FÜR AKTIONÄRE – WENIG GELD FÜR PERSONAL

Die Unternehmensberatungsfirma Price Waterhouse Coopers hat sich aus dem Kliniksetat immerhin auch noch sechs Millionen Euro auszahlen lassen. Wovon, bitteschön, sollen denn hier noch Löhne für Gesundheitsarbeiter herausgeschnitten werden? Da sind bestenfalls noch ein paar Krümel übrig. Die Beschäftigten in Gießen und Marburg stöhnen. Denn die Ware Klinik mit lebendem Inventar wurde an den Konzern Asklepios weiter verhökert. Und dessen Manager sollen noch schlimmere Stinkstiefel sein als die Vorbesitzer, so klagen die Gesundheitsarbeiter.

Doch könnte das Elend mit sofortiger Wirkung abgestellt werden. Denn die Stadt Marburg hat für das Jahr 2021 vom Impf-Hersteller Biontech einen satten Gewerbesteuerertrag in Höhe von 450 Millionen Euro erhalten. Von dem Geld könnte das UKGM locker in öffentliche Hand zurück gekauft werden. Parteien und Gewerkschaften scheinen an einem solchen Rückkauf nicht interessiert zu sein. Die streikenden Gesundheitsarbeiter sind deswegen gut beraten, sich vom ganzen Funktionärsfilz fernzuhalten und die eigene Kreativität frei auszuspielen gegen die Architekten des marktradikalen Privatisierungsterrors. Ich bin überzeugt, dass das möglich ist.



Die Gesundheitsarbeiter wollen streiken, bis wieder ein menschlicher Umgang in Krankenhäusern herrscht. Collage: DW/ Ute Feuerstacke

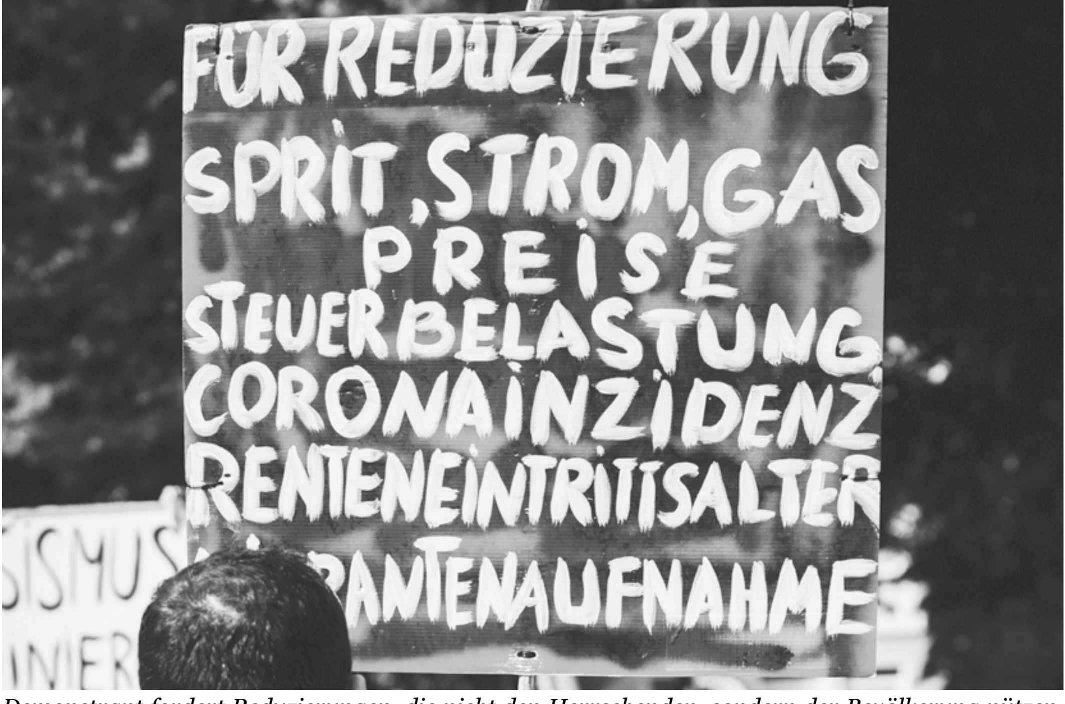
Was plant die Regierung gegen den Gasmangel?

Entgegen allgemeiner Wahrnehmung verfügen EU und Bundesregierung durchaus über Strategien im Falle einer weiter ansteigenden Gasknappheit. Doch wem nützen diese Pläne? | Von Hermann Ploppa

Die Regierung der Europäischen Union denkt voraus. Was muss getan werden, wenn das Gas aus Russland ausbleibt und wir Westeuropäer plötzlich auf dem leeren Gasschlauch stehen?

Der kluge Mann, das ist in diesem Fall der Kommissionsvize Frans Timmermans. Und der baut vor mit der »koordinierten Nachfragereduzierung vor dem Notfall«. Wir sollen nicht erst agieren, wenn Russland tatsächlich von heute auf gestern den Gashahn ganz abdreht. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder weiß schon, dass es sich hier um eine »Energie-Triage« handele. Eine recht sportive Ausdrucksweise. Tatsächlich besteht der Notfallplan in erster Linie darin zu entscheiden, wer weiterhin Gas bekommt, und wem die Winde abgedreht werden.

Ganz klar ist dabei: Privathaushalte müssen auf jeden Fall weiterhin Gas bekommen. Dann kommen wichtige Betriebe der Infrastrukturpflege sowie Betriebe für Soziales und Gesundheit. Und selbstverständlich alles, was mit Impfstoffen oder Rüstung zu tun hat. Andere Branchen gucken in die leere *Pipeline*-Röhre. Wobei in jedem Krieg gesteuerte Rohstoffzuteilungen en passant zu einer politisch gewollten Umgruppierung zugunsten von Großkonzernen genutzt wurden. Man möchte aber nach marktradikaler Manier hier nur wenig über Gesetze die Wirtschaft lenken. In Auktionen sollen die Betriebe Geld in die Hand bekommen, die sich verpflichten, ihren Gasverbrauch drastisch zu senken.



Demonstrant fordert Reduzierungen, die nicht den Herrschenden, sondern der Bevölkerung nützen.
Foto: Sandra Doornbos

Zudem sollen alle Haushalte ihre Thermostate fest auf 19 Grad einstellen.

WAS GESCHIEHT IM NOTFALL?

Auch die Bundesregierung hatte schon lange Vorsorge für den Tag der leeren *Pipelines* getroffen. Im März dieses Jahres kaufte sie auf den Spotmärkten 950 Millionen Kubikmeter Gas hinzu. Und eine Gesetzesänderung soll die Vermarktung des giftigen *Fracking*-Gases drastisch erleichtern und ermutigen. Für die Eskalation des Konflikts wegen Gas hat die Bundesregierung drei Stufen vorgesehen. Die schwächste Frühwarnstufe ist schon überschritten. Wir befinden uns jetzt in der Alarmstufe. Die energieintensiven Betriebe erhalten massive staatliche Geldspritzen, um weitermachen zu können. Zum Beispiel der Gasvermarkter Uniper, der Milliarden von Euro von der Kreditbank für Wiederaufbau erhalten soll. Die Gasversorger dürfen ihre Kostensteigerungen als Preiserhöhungen an den Endverbraucher weitergeben.

Bundesnetzagentur-Chef Klaus Müller bereitet die Haushalte schon einmal auf eine voraussichtliche Verdreifachung des Gaspreises vor. Auf Müller kommen arbeitsreiche Tage zu, falls die dritte Stufe, die Notfallstufe, in Kraft tritt. Dann soll Schluss sein mit der Steuerung der Gesellschaft durch Marktanreize. Müller mutiert dann zum »Bundeslastverteiler« und muss aus eigenem Wissen und Gewissen entscheiden, wer noch länger mit Gas beschickt wird, und wer auf dem Markt den Rohstofftod sterben muss.

KEIN ERBARMEN MIT PRIVATHAUSHALTEN

Aber soweit ist es ja noch nicht. Und unsere Bundesregierung hofft immer noch, dass die Russen nicht so heiß essen wie sie kochen. Man geht also davon aus, dass das russische Gas weiter aus Nordstream 1 zischen wird. Und wir erst einmal darauf verzichten, Gas weiter zu exportieren in andere Länder. Und dass man die potentiellen Wähler in den Privathaushalten, die immer noch zwei Drittel des Gases verbrauchen, nicht durch Lieferstopp verprellen muss. Obwohl unser Wirtschaftsminister Habeck ja schon angedeutet hat, dass der Schutz privater Haushalte jetzt auch keine heilige Kuh mehr ist.

Und während großen Konzernen mit großzügigen Geldspritzen über die gestiegenen Gaspreise geholfen wird, kennt Habeck mit Otto Normalverbraucher kein Erbarmen. Finanzielle Anreize zum Gassparen schließt Habeck für die niederen Stände kategorisch aus: »Wenn jemand sagt, ›Ich helfe nur, wenn ich nochmal 50 Euro kriege‹, dann würde ich sagen: ›Die kriegst du nicht, Alter.‹« So Habeck in einer TV-Plappershow. Die drastisch gestiegenen Gaspreise würden den Pöbel sowieso zum Energiesparen zwingen.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

SHINZO ABE VON NATO-BANDEN ERMORDET?

Tokio/DW. Der Experte für verdeckte Kriegsführung, Emanuel Pastreich, legte am 14. Juli 2022 dar, dass der japanische Ministerpräsidentenkandidat Shinzo Abe von Nato-Banden und Konzernoligarchen ermordet worden sei. Japans Shinzo Abe war am 8. Juli 2022 in Tokio bei einer Rede auf offener Straße erschossen worden. Pastreich bezweifelt die alleinige Täterschaft des sofort festgenommenen Pistolenschützen Yamagami Toruya. Abe habe sich zwar der globalen Covid-Lüge gebeugt, sei aber dennoch zu einflussreich, sodass er bei der weiteren Kriegführung des digital-finanziellen Komplexes gegen die Völker der Erde im Wege stehen könne. Der sogenannte »Tiefe Staat« folge dabei Befehlen der Konzernoligarchen. Japan steht laut Propagandamedien seit einigen Wochen vor der Aufgabe seiner verfassungsmäßigen Neutralität. (sma/ale)



Verbesserung der Lage nicht gewünscht

MOTOR MITTELSTAND | KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

Tja, das russische Gas wird jetzt aus Frankreich importiert, Spanien erhöht seinen Import, auch Saudi-Arabien lässt sich nicht lumpen, die Inder handeln mittlerweile regelrecht mit satten Erträgen und verdienen sich eine goldene Nase.

Von Brasilien und China ganz zu schweigen. Den Wirtschaftsüberschuss in Russland kann man an allen Ecken und Enden nur bestaunen, währenddessen rechnet unsere 2020 schnell etablierte deutsche Maskenindustrie mit einem deutschen Produktions-Aus. Ach wer hätte das gedacht, aus der Traum vom schnellen Maskengeld. Sarkasmus aus. Herrn Spahn als damaligen Auftraggeber interessiert es nicht, dass viele Rechnungen bis heute nicht bezahlt wurden. Solidarisch oder einfach nur dämlich?

Und was machen einstweilen unsere 99 Prozent? Solidarität bekunden, Fähnchen schwenken, auf besseres Wetter hoffen, geht uns im Vergleich doch noch ganz gut mit offiziellen 8,6 Prozent Inflation.

Mittlerweile dämmert es so manchem Unternehmer, dass wir tatsächlich vor der größten Krise stehen, die unser Land jemals erleben wird. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger sieht die Ursache brav und gehorsam in der Verknappung des Gases durch Russland und erhält dafür das Wohlwollen unseres Herrn Bundeskanzlers. Wie peinlich. Es ergibt wenig Sinn, über die politischen Möglichkeiten zu reden, denn eine Verbesserung der Situation ist seitens Berlin gar nicht gewünscht, vielmehr geht es dort um das ideologische Durchsetzen von übergeordnet angeordneten Zielen – um den Ausverkauf Deutschlands. Ja, sie werden nichts mehr besitzen und sie werden glücklich sein. Glückwunsch, ihr Unternehmer! Kreative Zerstörung nennt das Klaus Schwab, nicht wirklich schwer, denn vom unternehmerischen deutschen Mittelstand ist aktuell nicht mehr viel übrig, er gleicht eher einem zahnlosen Tiger, bereit sich kampflos zu ergeben.

Ein erster wichtiger Schritt wäre es, den Lügen und vor allem Vorenthaltungen der öffentlich-rechtlichen Medien endlich zu entsagen, denn sie sind maßgeblich mit verantwortlich für das unsägliche Tun und dem damit verbundenen Leid der letzten Jahre. Erkennen, um was es geht, handeln, um es zu verhindern, aufstehen für unser Land, für unsere Zukunft, das wäre angesagt.

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Friedensbewegte verlangen den sofortigen Stopp von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. *Foto: Sandra Doornbos*

MEHR KONTROLLE IM KRIEG

Neues von der Ostfront
Von Felix Feistel

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland eine Militäroperation in der Ukraine durch. In diese mischen sich viele Staaten Europas und Nordamerikas ein und versuchen Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Dies hat Folgen in globalem Maßstab. Hier werden die neuesten Entwicklungen zusammengefasst.

Wegen des Krieges in der Ukraine stecken schätzungsweise 20 Millionen Tonnen Getreide in ukrainischen Häfen fest. UN-Generalsekretär António Guterres mahnt, dass die Getreideprodukte der Ukraine und Russlands wieder auf den Weltmarkt zurückgebracht werden müssen, um eine Hungersnot zu verhindern. Auf einem Treffen von Vertretern der Ukraine, Russlands, der UNO und der Türkei in Istanbul hat es nun türkischen Angaben zufolge eine vorläufige Einigung zwischen den beiden Kriegsparteien gegeben.

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar erklärte, die Unterhändler wollten sich nächste Woche erneut treffen, um die Vereinbarung zu unterzeichnen. Die beiden Parteien hätten sich auf die Errichtung eines Koordinationszentrums in Istanbul unter Beteiligung beider Parteien geeinigt, sodass die Sicherheit der Schifffahrtsrouten und die Kontrolle der Häfen gewährleistet seien. Russland habe die Kontrolle gefordert, um zu verhindern, dass die Ukraine über den Seeweg neue Waffen geliefert bekomme. Geeinigt hätten sich beide Parteien aber nun auf eine gemeinsame Kontrolle.

GETREIDEKNAPPHEIT WIRD ERWARTET

Immer wieder war Russland vorgeworfen worden, die Ausfuhr des Getreides aus der Ukraine zu verhindern, und damit eine weltweite Lebensmittelknappheit in Kauf zu nehmen. Russland hingegen verwies auf die Sanktionen der EU, die eine Ausfuhr verhinderten. Zudem haben ukrainische Soldaten die Häfen vermint, sodass eine Schifffahrt nicht mehr möglich war. Immer wieder gibt es zudem Berichte von ukrainischen Soldaten, die Getreidelager in Brand setzen, oder wie jüngst auch große Felder.

Auch das russische Verteidigungsministerium erklärte gegenüber *RIA Nowosti*, dass die Ukraine auf diese Weise provoziere. Das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Cherson,Wladimir Saldo, teilte mit, dass die lokalen Bauern erwarten, in diesem Jahr bis zu 200.000 Tonnen Getreide weniger zu ernten. Grund dafür seien die Brandschatzungen und Verminungen der Felder durch ukrainische Soldaten. Dadurch können die bereits bestellten Felder nicht geerntet werden, da die Gefahr von Explosionen bestehe.

RUSSLAND RÜCKT IM SÜDEN VOR

Unterdessen rücken die russischen Soldaten im Süden der Ukraine in Richtung Mykolaiv vor. Das Verteidigungsministerium berichtet auch von gezielten Angriffen auf Odessa im Südwesten der Ukraine, sowie auf Tschugujew im Gebiet Charkow. Demnach seien ein provisorisches Quartier der ukrainischen Armee, sowie ein Lager für Schiffsmunition zerstört worden. Angesichts der Verluste steige auf ukrainischer Seite die Zahl der Fahnenflüchtigen Soldaten, wie der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, mitteilte.

Die Ukraine berichtet von einer Gegenoffensive im Süden des Landes, sowie im Nordosten im Donbass. Nach Angaben von Moon Of Alabama sei diese aber gescheitert, da die ukrainischen Stellungen unter massiven Beschuss durch russische Artillerie und Luftangriffe gerieten. Reserveeinheiten standen nicht zur Verfügung. Zudem ordnete der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu bei einer Inspektion von am Krieg beteiligten Truppen eine Ausweitung der Kämpfe an, wie *Epoch Times* berichtet.

Derweil droht Kiew damit, die Halbinsel Krim mit den von den USA gelieferten Mehrfachraketensysteme M142 HIMARS und M270 MLRS zu beschießen. Diese wird vom ukrainischen Geheimdienst als wichtiger Knotenpunkt für russische Militärtechnik eingestuft. Das Brisante: Die USA haben die Lieferungen der Raketensysteme nur unter der Bedingung zugesagt, dass die Ukraine damit nicht russische Gebiete beschießt. Nur einen Tag nachdem Kiew die ersten der Systeme erhalten hat, droht die Regierung genau damit, denn Russland sieht die Krim seit 2014 als Teil seines Staatsgebietes an.

ANGRIFF AUF DIE KRIM

Insbesondere hat Kiew dabei die Kertsch-Brücke, welche die Insel mit dem russischen Festland verbindet, im Visier. Schon zuvor hatte ein hochrangiger Nato-General die Ukraine dazu ermuntert, diese zu beschießen. Michail Scheremet, der die Krim-Region im russischen Parlament vertritt, warnte als Reaktion im Falle eines Angriffes auf die Krim mit einem Vernichtungsschlag gegen Kiew.

Der Westen hat offenbar keine Ahnung, wo die an die Ukraine gelieferten Waffen letztlich landen. Daher wollen die Nato-Länder die Waffen nun besser nachverfolgen, wie die mitteilte. Schon zuvor war von Angestellten Europols davor gewarnt worden, dass die Waffen auf dem europäischen Schwarzmarkt enden könnten. Das ukrainische Militär gab mittlerweile zu, dass auf dem Balkan bereits britische und amerikanische Waffen aufgetaucht seien, darunter befinden sich auch Raketenwerfer. Eine ähnliche Entwicklung ist auch aus dem Balkankrieg bekannt. Damals sind über den Schwarzmarkt viele Waffen aus dem Kriegsgebiet in verschiedene Länder Europas gelangt. Eine genauere Überwachung lehnte die ukrainische Regierung jedoch ab.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

PARLAMENT LEHNT COVID-PASS AB

Paris/DW. Das französische Parlament hat den Covid-Pass abgelehnt (»Green Pass«). Der Covid-Pass soll der permanenten globalen Überwachung, Segregation und Bewertung jedes einzelnen Erdenbürgers dienen. Die Nationalversammlung strich das »Corona-Maßnahmengesetzespaket« zusammen, dessen Verlängerung und Verschärfung die Regierung um den konzernnahen Präsidenten Emmanuel Macron angestrebt hatte. Unter anderem sollte eine Nachweispflicht für Reisen ins Ausland eingeführt werden. Der *Berchtesgadener Anzeiger* kommentierte: »Das Mitte-Lager von Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron und Regierungschefin Élisabeth Borne hatte bei der Parlamentswahl im Juni die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung verloren. Die Opposition verfügt nun über mehr Stimmen (DW berichtete). Das Votum zeigt erstmals, wie schwierig es für die Regierung werden dürfte, Mehrheiten in der Parlamentskammer zu finden.« (ale)

NORDSTREAM 1 WOHL ABGESCHALTET

Berlin/DW. Laut mehrerer Meldungen ist die Grundversorgungsleitung für Erdgas »Nordstream 1« abgeschaltet worden. Damit drohen in der BRD extreme Ausfallerscheinungen. Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, hatte in seiner neuesten Pressekonferenz dargelegt, »Erdgas, das nicht bestellt wurde, kann auch nicht geliefert werden«. Zudem liefen die Leitungen »rückwärts«. Russisches Erdgas werde aus Deutschland derzeit nach Osteuropa gepumpt. Die umstrittene Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) rahmte den kommenden Aufstand gegen die Unterversorgung laut dem unabhängigen Presseportal *Telepolis* vorab als »rechts«. Zuletzt war auf jahrelanges Betreiben der US-Frackinggaskonzerne die Erdgasleitung »Nordstream 2« nicht in Betrieb gegangen. US-Wirtschaft und -Staat gelten als unrettbar überschuldet. (ale)

LOBBY-MERZ WILL DEN TOTALEN KRIEG

Berlin/DW. Der laut Analysten als US-Konzernmarionette im Wartestand aufs Kanzleramt geltende CDU-Vorsitzende Friedrich Merz stellte am vergangenen Samstag in einer Kurzbotschaft in der Twitter-Blase in ungewollter Anlehnung an Kurt Tucholsky klar, für wen er arbeitet: »Rechnet die Bundesregierung mit einer zunehmenden Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung? Wenn das so ist, dann ist es nur noch ein kleiner Schritt zum Verrat an der Ukraine. Wer aber die Ukraine verrät, der verrät auch unsere Freiheit und unsere Demokratie«, orakelte der mit der umstrittenen Blackrock-Kapitalsammelstelle und Rüstungslobbyismus in Verbindung gebrachte Berufspolitiker. (jro)

»Die Politik fährt unser Land bewusst gegen die Wand!«



Während der »Staatsschutz« gegen ihn ermittelt, zieht AXEL des Corona-Regimes vor Gericht. Im DW-Interview spricht schmelzer zudem über die sogenannte Energiewende und Folgen ein Erdgasstopp für Industrie und Bevölkerung hätte

DW: Herr Turck, Ihr Lüdenscheider Aluminium-Druckguss-Betrieb, die Emil Turck GmbH & Cie. KG, ist Zulieferer für die Maschinenbau-, Fahrrad- und Leuchtindustrie. Im DW-Interview (#DW93 11. Juni) sagten Sie, dass unsere Regierung den Mittelstand zerstören wolle. Die Ereignisse überschlagen sich seither. Wirtschaftsminister und Vize-Kanzler Robert Habeck löste unlängst die »Alarmstufe Gas« aus. Wie schätzen Sie die Lage heute ein?

AXEL TURCK: Als chaotisch! Keiner weiß, ob wir im nächsten Winter noch Erdgas bekommen werden und falls wir es bekommen, zu welchem Preis. Unser Unternehmen ist 93 Jahre in Familienbesitz. Wir haben uns bereits im Dezember 2021 und im Januar 2022 bemüht, mit unserem Energieversorger, den Stadtwerken Lüdenscheid, neue Verträge ab dem 1. Januar 2023 abzuschließen. Doch sie konnten uns weder eine Menge noch einen Preis fürs kommende Jahr garantieren. Das habe ich noch nie erlebt.

Die Lage war also schon vor dem Ukraine-Krieg besorgniserregend?

A.T.: Die Preise waren bereits um 300 Prozent nach oben geschnellt, als vom Krieg noch überhaupt keine Rede war. Es ist daher völlig klar: Das Szenario, das seitdem aufgebaut wird, ist nur die halbe Wahrheit. Das sagen auch die Verantwortlichen unserer Energieversorger. Alles wird auf die bösen Russen geschoben. Dabei ist es nur die logische Konsequenz, dass Putin uns jetzt das Gas abdreht. Erst schließen wir ihn aus der internationalen Gemeinschaft aus, dann wundern sich unsere Politiker darüber, dass er seine Macht ausspielt und ihnen zeigt, wo der Hammer hängt. Unfassbar!

Politiker kommen nun immer öfter mit Verhaltensregeln um die Ecke. Robert Habeck beispielsweise sagt, er dusche nun weniger. Eine gute Empfehlung?

A.T.: Nein, zynisch! Wir haben es mit einem eklatanten Politik-Versagen zu tun. Die Energiewende ist gescheitert, davon soll nur abgelenkt werden. Außerdem ist es für meine Generation völlig normal, mit Wasser und Energie sparsam umzugehen. Schließlich wurden wir einst von unseren Eltern so erzogen. Ich glaube, es sind vor allem die jüngeren Menschen in unserer Gesellschaft, die es mit dem Energiesparen etwas lockerer sehen – also ausgerechnet diejenigen, die uns vorwerfen, wir würden das Klima zerstören.

Das Energiesparpotenzial der Haushalte, etwa beim Duschen, Heizen, Kochen, liegt bei nur 10 bis 15 Prozent…

A.T.: …im Industriebereich sind es gar nur 4 bis 10 Prozent. Was mir bis vor kurzem nicht bewusst war: Wir exportieren rund 20 Prozent Gas an Nachbarländer. Hier könnte man eine große Menge einsparen, muss sich aber an Verträge halten. Grundsätzlich ist es gut, sich in Krisenzeiten unter Nachbarn zu helfen, aber man muss es sich auch leisten können. In dieser Position befinden wir uns nicht, denn was wir anderen liefern, fehlt unserer Industrie und den Bürgern.

Die Grünen bestehen darauf, Ende 2022 die letzten drei Atomkraftwerke abzuschalten. Ex-»Bild«-Chefredakteur Julian Reichelt bezeichnet die Grünen als »Poeten des Untergangs« und prophezeit, Habeck und seine Partei werden uns in eine historische Katastrophe stürzen. Ist das so?

A.T.: Ich sehe es auch so, bin aber nicht verwundert, weil ich das Parteiprogramm der Grünen kenne. Sie leben derzeit ihren ideologischen Traum aus. Und ihre Wähler stehen voll dahinter. Sie glauben, indem man unsere Industrie kaputtmacht, rette man die Welt. In deren Vorstellung fahren wir künftig alle kein Auto mehr, sondern nur noch Lastenfahrräder. Wir sitzen auf einer Blümchenwiese und alle sind glücklich. Wie naiv kann man sein? Diese Ideologie hat mit »Fridays for Future« angefangen und wird nun ohne Rücksicht auf Verluste vorangetrieben. Aber das böse Erwachen wird kommen – auch für die Grünen und ihre Anhänger. Die drei Kernkraftwerke müssen unbedingt weiterlaufen. Das ist meines Erachtens alternativlos.

Simone Peter vom Bundesverband Erneuerbare Energien sieht in Sachen Atomkraft keine Debatte mehr, weil uns ein Stromlieferant bei der Gasproblematik nicht helfen könne. Stimmt das?

A.T.: Nein, denn was sie dabei entweder nicht beachtet oder versteht: Wenn wir weniger Gas zur Verfügung haben, benötigen wir automatisch mehr Strom. Wir jedenfalls würden versuchen, verstärkt mit Strom zu schmelzen. In anderen Industriebereichen wäre das ähnlich.

Laut Bundesnetzagentur werden in drei Monaten Menschen ihre Gasrechnung nicht mehr zahlen können. Was erwartet uns in der kommenden kalten Jahreszeit?

A.T.: So genau weiß das niemand. Aber Fakt ist: Es wird kalt! Die Frage ist nur: Wann? Entweder im Dezember, Januar, spätestens aber im Februar. Die Menschen werden versuchen, sich mit elektrischen Heizungen zu helfen. Möglich, dass dann auch noch das Stromnetz zusammenbricht. Noch viel schlimmer kommt es aber für die Industrie: Der Paragraf 24 des Energiesicherungsgesetzes erlaubt den Gaslieferanten massive Preiserhöhungen, indem sie die gesetzliche Möglichkeit bekommen, alle ihre Verträge anzupassen. Damit erlischt jegliche Preisbindung. Der Gipfel: Vor einem möglichen Lieferstopp soll es Gasversteigerungen geben. Dafür werden mir bereits Seminare angeboten, in denen ich mich darauf vorbereiten kann. Wissen Sie, wie ich das finde? Zum Kotzen!

Was passiert, wenn die Gasversorgung für die Industrie ausbleibt?

A.T.: In vielen Industriebereichen werden die Öfen einfrieren. Die sind dann schrottreif, man kriegt sie nie mehr angeworfen. Für meinen Betrieb ist es so: Wenn wir 24 Stunden vorher wissen, dass wir kein Gas mehr bekommen, können wir die Anlagen immerhin einmotten.

Die Folgen wären dennoch dramatisch, oder?

A.T.: Wir könnten noch etwa vier Wochen weitermachen. Ich müsste meine 60 Beschäftigten in die Kurzarbeit schicken, ehe dann schon bald die Lichter ganz ausgingen. Als Familienunternehmer bin ich sehr auf das Wohl meiner Mitarbeiter bedacht. Ohne sie bin ich nichts. Aber sobald wir nichts mehr gießen können ist Feierabend!

Wir gehen also ungemütlichen Zeiten entgegen?

A.T.: Im *Worst-Case-Szenario* (schlechtester Fall; Red.) könnte ein Gasstopp etwa 12 Prozent unserer Wirtschaftsleistung kosten, wovon rund sechs Millionen Arbeitsplätze betroffen wären. Noch viel schlimmer: Wenn unsere Industrie erst einmal kaputt ist, werden wir uns davon auf lange Sicht nicht mehr erholen. Es läuft also – wie von den Grünen gewollt – auf eine Deindustrialisierung Deutschlands hinaus. Die Politik fährt unser Land bewusst und mit Ansage gegen die Wand.

Die FDP möchte Erdgasförderung durch *Fracking* prüfen, was Robert Habeck bislang ablehnt. Welchen Lösungsansatz haben Sie?

A.T: Der Krieg muss beendet werden und zwar besser gestern als heute. Dazu müssen sich Wladimir Putin und Wolodymyr Selenskyj an einen Tisch setzen und miteinander verhandeln. Nur Diplomatie führt uns aus der Krise heraus, sicher keine Waffenlieferungen. Eine sachliche Diskussion darüber ist in unserem Land aber einfach nicht möglich. Wenn zum Beispiel Sahra Wagenknecht Verhandlungen beider Kriegsparteien fordert, wird sie sofort als Putin-Getreue verunglimpft. Diesen Reflex kennen wir ja: Schon beim Thema Corona wurden Kritiker diffamiert und mundtot gemacht. Das erleben wir auch jetzt wieder. Für mich ist klar: Sollte sich der Krieg über mehrere Jahre hinziehen, wird Deutschland das als Industriestandort nicht überstehen.

Stichwort Corona! Sie engagieren sich politisch in der Partei Die Basis, waren bereits zweimal Gast im Corona-Ausschuss und als Demo-Anmelder aktiv. Zudem haben Sie im Oktober 2020 mit einer bemerkenswerten Aktion für Schlagzeilen gesorgt. Was hatte es damit auf sich?

A.T.: Ich habe mit befreundeten Unternehmern eine 567 Kilometer lange Radtour von Lüdenscheid nach Berlin absolviert. Damit wollten wir aufmerksam machen auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der wahnsinnigen und nicht evidenzbasierten Corona-Maßnahmen, sowie die schon damals bedrohliche Situation des Mittelstands. In der Hauptstadt angekommen, haben wir einem Mitarbeiter der Pressestelle des Kanzleramts Unterlagen überreicht, in denen wir unseren Standpunkt erläuterten. Ein Antwort ist leider nie erfolgt. Wir sind nun mal Steuerzahler-Abschaum – mehr nicht!

Also hat die Aktion nichts gebracht?

A.T.: Das würde ich so nicht sagen. Ich



TURCK gegen die Protagonisten der mittelständische Aluminum- macht deutlich, welche fatalen r. DW-INTERVIEW von Klaus Müller

habe von vielen Menschen zustimmende Reaktionen erhalten und werde noch heute lobend darauf angesprochen. Das ist positive Energie, die mich motiviert, immer weiterzumachen. Wenn es sein muss, fahre ich demnächst mit dem Rad bis nach Moskau. Ganz nebenbei sammelten wir übrigens rund 3.000 Euro für den guten Zweck. Diese wollte ich ursprünglich der Obdachlosenhilfe Lüdenscheid spenden, doch nachdem ich eine Demo gegen die Corona-Maßnahmen angemeldet hatte, lehnte man ab mit der Begründung, man wolle kein Geld von einem Impfgegner annehmen. Es hat eine Umkehr der Werte stattgefunden. Alles was früher gut war, ist heute schlecht. Das Geld ging stattdessen an die Stiftung Deutsche Depressionshilfe, die sich sehr darüber gefreut hat.

Sie haben als Inhaber und Geschäftsführer der Emil Turck GmbH & Cie. KG Lothar Wieler, die Spitze der Regierungsoberbehörde Robert-Koch-Institut verklagt – mit welchem Ziel?

A.T.: Sämtliche Corona-Maßnahmen fußen auf Lug und Betrug. Davon wollen wir, mein Anwalt Dr. Reiner Füllmich und ich, das Gericht überzeugen, indem wir Beweise und Argumente vorlegen, die von der Regierung immer wieder abgeblockt werden. Der Klage wurde am Landgericht Hagen stattgegeben. Eigentlich sollte der Prozess bereits am 6. Juli stattfinden, wurde seitens des Gerichts aber aus organisatorischen Gründen auf den 26. Oktober verschoben.

Es laufen derzeit fünf Verfahren gegen Sie. Worum geht es dabei?

A.T.: Am 12. Dezember 2020 wurden meine Frau und ich in Erfurt festgenommen, nachdem wir als Touristen zufällig vom Weihnachtsmarkt aus in eine nicht genehmigte Demo hineingelaufen sind. Wir wollten in die Kirche, fanden uns aber plötzlich in einem Polizeikessel wieder, aus dem wir nicht mehr rauskonnten. Bei den anderen vier Verfahren handelt es sich um Vorfälle aus den Jahren 2021 und 2022: Der Staatsschutz ermittelt gegen mich, weil ich bei Spaziergängen in Lüdenscheid angeblich Rädelsführer gewesen sein soll. Dr. Reiner Füllmich hat Akteneinsicht beantragt. Mehr kann ich dazu derzeit nicht sagen.

Mit welchem Szenario rechnen Sie für den kommenden Herbst?

A.T.: Ich befürchte, dass es sehr ungemütlich wird. Ob wegen Corona, den Affenpocken oder dem Klima: Die Politik wird wieder Angst und Panik schüren, denn mit verängstigten Menschen hat der Staat leichtes Spiel. Was mir bei uns im Betrieb auffällt: Während die Ungeimpften allesamt gesund sind, werden meine geimpften und geboosterten Mitarbeiter derzeit reihenweise positiv getestet. Sie haben mit der Impfung offenbar einen Fehler gemacht und ihr Immunsystem geschwächt. Fakt ist: Solange man mit den Tests nicht aufhört, wird die Pandemie ewig weitergehen.

Hätten Sie vor Corona damit gerechnet, dass wir uns heute, also im Sommer 2022, in Deutschland vor dem Verlust unserer Demokratie fürchten müssen?

A.T.: Niemals. Ich weilte im September 2019 aus beruflichen Gründen in Honkong und sah, wie dort die Demonstranten niedergeknüppelt wurden. Weil ich das nicht ertragen konnte, brach ich meine Reise ab und kehrte vorzeitig nach Deutschland zurück. Eineinhalb Jahre später an Pfingsten 2021 erlebte ich dann bei uns ähnliche Szenen und zwar am eigenen Leib: In Berlin wurde ich bei einer Demo von Polizisten zusammengehauen.

Was ist aus Ihrer Sicht jetzt zu tun?

A.T.: In einer Demokratie muss man aktiv sein, anderenfalls schafft man sie ab. Wir alle werden unseren Hintern hochkriegen und jeder Einzelne sein Schicksal in die eigene Hand nehmen müssen. Auch wenn es inzwischen etwas abgedroschen klingt, aber es wird erst aufhören, wenn wir alle nicht mehr mitmachen. Wir müssen weiter auf der Straße für unsere Freiheit kämpfen. Anderenfalls werden wir in Deutschland bald chinesische Zustände haben. Dann kommt man ohne QR-Code nicht mal mehr in den Supermarkt oder es wird einem das Konto eingefroren, wenn man nicht brav ist. Es geht um die totale Überwachung, um Unterdrückung, die Abschaffung unserer Grundrechte – dies alles verbunden mit dem Ziel, eine neue Weltordnung zu schaffen.

Was stimmt Sie zuversichtlich?

A.T.: Ich nehme zur Kenntnis, dass die Teilnehmerzahlen bei den Demos teilweise wieder anziehen. Der »Million March« in Frankfurt Ende Juni war sehr beeindruckend. Die Demokratiebewegung formiert sich und nimmt an Fahrt auf. Das spüre ich auch in meiner Region in und um Lüdenscheid. Ich bekomme viele Zuschriften und Anrufe von Leuten, die sich für mein Engagement bedanken. Die kritischen Stimmen werden lauter und mehr. Die Wahrheit wird am Ende siegen und die Menschen merken zunehmend, dass diese nicht in *ARD* und *ZDF* verkündet wird. Das Lügengebäude bröckelt mehr denn je.

Herr Turck, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.





Wir gehören zusammen: Holger hält in Fulda, 28. Mai 2022, die frische #DW91. Foto: DW/Lukas

Geschichte geschrieben, weiter vorwärts!

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand gibt nicht auf.

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND
1. 2. 3.
FREIHEIT GLEICHHEIT GESCHWISTERLICHKEIT
NICHTOHNEUNS.DE

Sie sehen: Das zweite Flugblatt der Demokratiebewegung aus dem Jahr 2020. Am 28. März 2020 hatte die weltweit erste Demonstration gegen das Corona-Putschregime in Berlin stattgefunden.

Die dezentrale Demokratiebewegung NichtOhneUns und viele weitere Initiativen folgten, darunter die historischen Demonstrationen von Querdenken mit Millionen Teilnehmern im August 2020 sowie ein erster und ein zweiter Corona-Ausschuss mit Videos von Anwälten im Internet.

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, entstanden aus diesen ersten Flugblättern, konzipiert und gestaltet vom Publizisten Anselm Lenz mit dem Dramaturgen Hendrik Sodenkamp, verbreitet sich seit 17. April 2020 bundesweit. Die fünfte Ausgabe erreichte eine Auflage von über 700.000 Exemplaren. Wir wollen und werden bleiben • ABO Seite 15 • SPENDEN siehe Impressum und *demokratischerwiderstand.de*. **Vielen Dank allen UnterstützerInnen!**

ECHTE »FUSION« GEHT ZUM 1. AUGUST?

Es tut sich etwas bei den alternativen Musikfestivals.
Von Luca Wagner

Könnte die Querfront von Regierungsmitgliedern und Konzernen bröckeln? Die »Fusion« ist eines der bekanntesten und größten Musikfestivals Deutschlands, weltweit für ihre Pluralität, Akzeptanz, Vielfalt, Meinungsfreiheit bekannt – und die ausgelassene Feierkultur.

Seit 1997 findet sie jährlich auf einem stillgelegten Militärflugplatz in Lärz (Mecklenburg-Vorpommern) statt und bietet mittlerweile 70.000 Menschen die Möglichkeit, der Realität zu entfliehen, eine unvergessliche Zeit im Rausche der Musik und der Kleinkunst zu erleben.

Ich selber hatte schon mehrfach die Chance, an dieser wundervollen, vier Tage anhaltenden Ekstase teilzunehmen. Neben der Musik und der Kunst war ich immer begeistert von der grenzenlosen Offenheit, der Willkommenskultur gegenüber allen Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Aussehen – und dem Einsatz der Fusion-Crew für Toleranz und Gleichberechtigung. Doch all die schönen Worte, Aufrufe, Vorträge und Plakate scheinen nur ein theoretisches Gewicht zu haben, denn wie so viele Menschen und Institutionen entpuppte sich auch die Fusion-Crew in Zeiten von Corona zunächst als absolut diskriminierende und ihre Werte und Prinzipien über Bord werfende Organisation. Vergessen schien ihr dauerhaft gepredigtes Credo von Selbstbestimmung über den eigenen Körper, persönlicher Freiheit und gesunder Skepsis gegenüber dem Staate.

Schlimmer noch, die Fusion-Crew beteiligte sich lautstark an der staatlich betriebenen Hetzjagd auf Ungeimpfte. In deren Zuge versandten sie im Winter, in der Manier vorauseilenden Gehorsams, eine Rundmail, in welcher sie zum »Impfen« aufriefen, ungeimpfte Menschen auf perfideste Art und Weise diskriminierten und zu Sündenböcken für die staatlich oktroyierten Einschränkungen machten.

Hier einige Ausschnitte aus der menschenverachtenden E-Mail vom 14. Dezember 2021: »Da wir das Pandemiegeschehen nicht einfach wegtanzen können, zahlen wir jetzt alle den Preis für die Verantwortungslosigkeit derer, die sich aus Dummheit, Ignoranz, Angst oder verballerter Rebellion nicht haben impfen lassen. (...) Ob dann Ungeimpfte noch Zugang zu Veranstaltungen bekommen, scheint eher fraglich. (...) Eine Neuauflage unseres diesjährigen Testkonzepts kann es nicht geben – also lasst euch impfen, sonst hat die Scheiße nie ein Ende!« – Hat sie bekanntermaßen nicht. Diese Mail stimmte mich derart fassungslos und traurig, dass ich mich an die Fusion-Crew wandte, mit dem Versuch an ihre verlorengegangene Menschlichkeit zu appellieren. Leider ohne Erfolg. Als Antwort bekam ich zu hören, dass die Ungeimpften die maßgebliche Schuld an den vermeintlich überfüllten Intensivstationen zu verantworten hätten. Zur 85-prozentigen Belegung der Corona-Betten durch geimpfte Menschen würde mich ein aktuelles Statement der Fusion-Crew interessieren. Doch bislang keine Antwort.

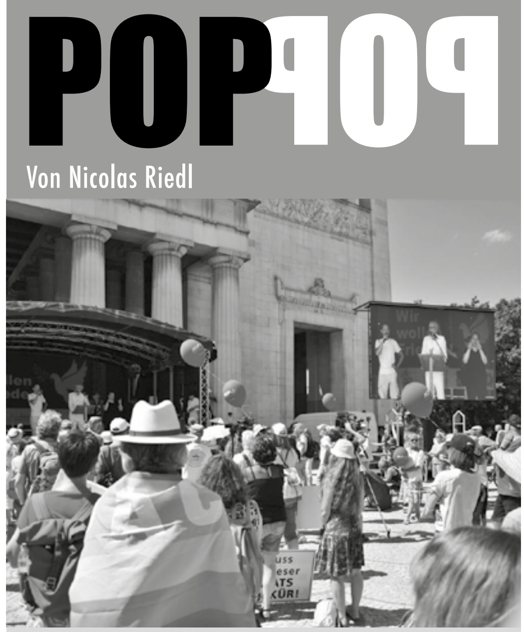
Wie sich eine Organisation mit solch vielfältiger, blumiger Fassade als derart hetzerisch und sich dem Staate andienend herausstellen kann, bleibt mir unbegreiflich. Es gibt weit mehr als nur Gerüchte, dass den sehr gut verdienenden Betreibern der Fusion die »Schäfchen« davonlaufen. Denn in der Demokratiebewegung sind von Beginn an etliche Organisatoren und sehr viele Besucher des Festivals sogar treibende Kräfte. Für mich persönlich hat sich die Fusion dennoch selbst entzaubert und sollte zukünftig von Menschen, welchen wahrhaftige Pluralität und Meinungsfreiheit am Herzen liegen, gemieden werden. Nun liegen erstmal die Woche der Demokratie und der 1. August 2022 an. Und wer weiß, vielleicht gibt es ja eine widerständige Überraschung aus Lärz – und von den Orten anderer alternativer Festivals. Man munkelt von einem eigenen Block der Festivals.



Luca Wagner ist Student in Halle, Mitglied von stauf.org und aktiv in der Demokratiebewegung für Verfassungserneuerung.

POP POP

Von Nicolas Riedl



Friedensenergie in München. Foto: privat

FEST DER DEMOKRATIE IN MÜNCHEN

Bei einer groß angelegten Friedensveranstaltung – eine hybride Form aus Demo und Konzerten – wurde am vergangenen Samstag in München der »1. Demokratiepreis der Unternehmer und Selbstständigen Deutschlands« an Gunnar Kaiser übergeben.

Dieser war live zugeschaltet. Musikalisch untermalt wurde die Veranstaltungen von zahlreichen Musikern der Friedensbewegung: Äon, Morgaine, Kilez More, Alien‘s Best Friend und vielen mehr. Das Wetter war auf der Seite der Veranstaltung – strahlender Sonnenschein begleitete den Demoaufzug.



2022 treffen sich nach langer Zwangspause wieder Menschen auf dem PTM um gemeinsam für den Frieden einzustehen, zu feiern und zu tanzen. Foto: Pax Terra Musica.

FRIEDENSFEST IN KRIEGSZEITEN

Das Friedensfestival Pax Terra Musica findet vom 28. bis 31. Juli 2022 zum vierten mal in der Nähe von Berlin statt. In kriegerischen Zeiten wie diesen könnte ein solches Festival nicht aktueller sein. Das Programm ist randvoll gepackt mit Seminaren und natürlich zahlreichen Konzerten.

Den idyllischen Veranstaltungsort werden unter anderem Künstler wie Courtier, Lasse Tjorben, Morgaine und viele mehr mit ihren Klängen und Melodien fluten. Moderiert wird das Friedensfest von Nina Maleika.



BÖSE ABSICHTEN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Daniel von Wachter

Manchmal wird das Christentum dafür kritisiert, dass es viel über die Sünde spricht. Aber es behandelt die Schuld ganz anders als die nörgelnden, spaßverhindernden, totalitären Weltuntergangspropheten es tun, die uns das Fleischessen und das Autofahren verbieten wollen und den Weißen und den Männern die Schuld an allem zuschreiben.

Das Christentum behauptet, dass der Mensch Vergebung braucht, um dann erstens zu erklären, wie jeder die Vergebung durch Christi Kreuzestod bekommen kann, und um zweitens dem Menschen zu helfen, besser zu werden. Ich finde, dass das realistisch und konstruktiv ist. Eine gute Nachricht.

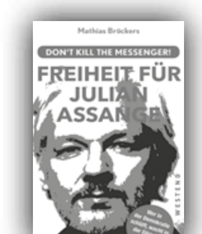
Während uns einerseits ständig Schuld eingeredet wird, ist heute auf der anderen Seite die Haltung weit verbreitet, dass man niemandem schlechte Absichten unterstellen solle. In der Corona-Krise führte diese Haltung zu der Annahme, dass die Politiker nur aus Unwissenheit und Irrtum die Menschen durch *Lockdown* und Impfung ins Unheil stürzten. Ohne Unterlass wurde gegen »Verschwörungstheorien« Stimmung gemacht. Erstaunlich viele haben aufgrund dieser Stimmungsmache ausgeschlossen, dass es Verschwörungen gibt, obwohl es offensichtlich irrational ist, die Existenz von Verschwörungen auszuschließen.

Der Annahme, dass es keine bösen Absichten gibt, widersprechen das Christentum und die Erfahrung. Der Mensch handelt oft mit bösen Absichten, und zwar, indem er Neigungen oder Einflüssen nachgibt, denen er widerstehen sollte. Viele Politiker und Journalisten haben die Corona-Maßnahmen vorangetrieben, weil sie spürten, dass es ihrer Karriere schaden würde, wenn sie anders handelten. Diejenigen, die da auf ihr Gewissen hören, werden nicht Politiker oder Journalisten. Und einige Menschen haben die Corona-Maßnahmen geplant und vorangetrieben, weil sie sich durch gewisse schlechte Neigungen treiben lassen, zum Beispiel Habgier und Machtstreben. Böse Absichten gibt es wirklich.

Prof. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Don't kill the messenger.
Freiheit für Julian Assange

Mathias Bröckers
Westend
978-3-86489-276-9

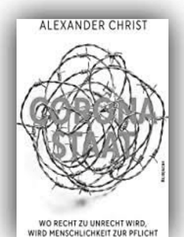


Generation Chillstand.
Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben
Milosz Matuschek
Westend
978-3-86489-914-0



The Rise of the new normal Reich.

C.J. Hopkins
Consent Factory Publishing
978-3-98214-642-3



Corona-Staat.
Wo Recht zu Unrecht wird, wird Menschlichkeit zur Pflicht
Alexander Christ
Rubikon
978-3-96789-032-7

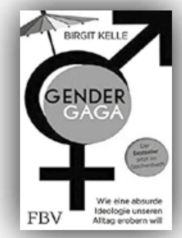


Wer, wenn nicht Bill?
Anleitung für unser Endspiel um die Zukunft
Sven Böttcher
Rubikon
978-3-96789-016-7



Wie wir unfrei wurden.
Der Weg zur totalitären Gesellschaft

Gudula Walterskirchen
Seifert-Verlag
978-3-904123-57-0



Gendergaga.
Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will

Birgit Kelle
FinanzBuch



Vom Urknall zum Durchknall.
Die absurde Jagd nach der Weltformel
Alexander Unzicker
Springer
978-3-642-44977-2



3 Tage im Spätherbst.
Wie Hellseher weltweit seit Jahrhunderten eine 3-tägige Finsternis für unsere Zeit vorhersehen,
Stephan Berndt
Kopp Verlag
978-3-86445-714-2



Karl – 2050.

Sandra Kristin Meier
Books on Demand
978-3-7526-4229-2

FRISCH AUF!

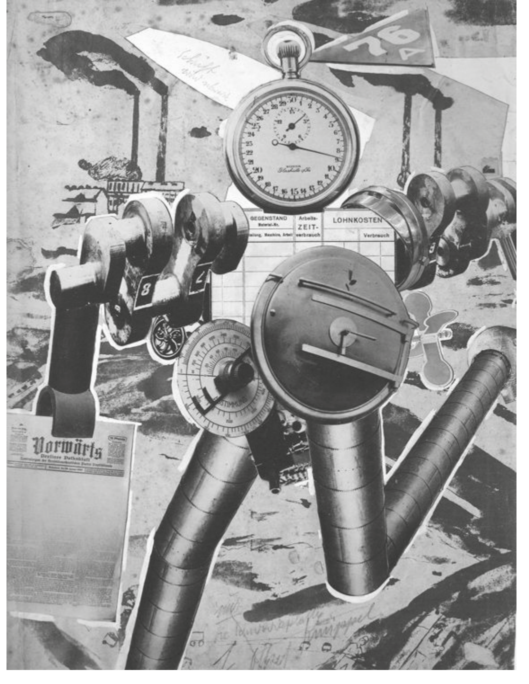
von Anselm Lenz

Was will die Demokratiebewegung? Die Staats- und Konzernpropaganda scheint sich einig: »Nichts Gutes!«

Das ist verständlich, denn der Demokratiebewegung geht es um nichts Geringeres, als die Absetzung der gleichgeschalteten Staats- und Konzernpropaganda, die Öffnung der Diskussion und: Echte Demokratie. NichtOhneUns.de hat seit Mitte März 2020 den 5-Punkte-Plan bekanntgemacht, der stilbildend und rahmensetzend für die Demokratiebewegungen Deutschlands und vieler weiterer Länder geworden ist.

»1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, Imperatives Mandat. 4. Volksentscheide in allen grundlegendsten Fragen. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.«

Ich denke, es ist verständlich, dass ich die Diskussion darüber, ob der 5-Punkte-Plan seit 28. März 2020 richtig ist oder abgemildert oder verschärft werden sollte, eher mit dem Erfolg der



Die Woche der Demokratie wird schön, macht aber viel Arbeit. Collage: John Heartfield

Demokratiebewegung insgesamt beantworten möchte – den meisten, größten und langanhaltendsten Demonstration der, ja, Menschheitsgeschichte. Der 5-Punkte-Plan steht!

Die Diskussion wiederherzustellen, ist also das Ziel der Demokratiebewegung (Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen, z.B. Krieg und Frieden), nicht, ein einzelnes Parteiprogramm auszuarbeiten. Also: Frisch auf zur Woche der Demokratie ab 30. Juli und zum Großen Montagsspaziergang am 1. August, 14 Uhr rund um den Bundestag in Berlin.

Programm der »Woche der Demokratie« siehe WirSindViele.Berlin (sic!), und Seite 7 dieser Ausgabe. Kommentare von Anselm Lenz im Radioformat auf apolut.net.

SPORT MIT BERTHOLD

HELFT EINANDER!

»Weit verbreitete Einsamkeit und Mangel an sozialen Bindungen führen dazu, das Leben als bedeutungslos wahrzunehmen. Das führt dazu, dass sich Angstzustände ausbreiten können …«

Der Artikel »Die Psychologie des Totalitarismus« von Dr. Joseph Mercola ist eine der besten Analysen, die ich seit Langem gelesen habe. Er erklärt die geschürte Corona-Massenhypnose, den neuen Totalitarismus und die Absicht der Technokraten.

Schlüsselstrategien dabei, die neue »Massenformation zu unterbrechen«, sind demnach ein klar ausgesprochenes »Nein!« und konsequent friedlicher Widerstand. Ich kann nur jeden auffordern, Verantwortung für sein Leben zu übernehmen, und nicht auf irgendwelche Wunder zu warten! Die werden nicht kommen. Den Mut haben, seine Meinung zu sagen und Dinge aussprechen, die eine humanistische Gesellschaft gefährden. Und dabei hilft durchaus ein Teamsport. Insofern: Treibt gemeinsam Sport, Leute, und helft einander!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

HOFFNUNG IST VIEL ZU PASSIV. WIR BRAUCHEN WILLEN.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 97. Ausgabe ab Samstag, 23. Juli 2022. | Redaktionsschluss war am 21. Juli. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX.**

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 99 erscheint am 30. Juli 2022.